

Rassismus bzw. Antirassismus

Herbert Auinger

Die „Political Correctness“, die „Macht der Sprache“, und was das mit Rassismus bzw. Antirassismus (nicht) zu tun hat

1. Zur Macht der Sprache (I)

Möchte einleitend gleich klar Stellung beziehen, und das dann erläutern: Ich halte die These von der „Macht der Sprache“ für Unsinn, und demzufolge auch die Versuche, durch politisch korrekte Sprachreglementierung, durch das Verboten oder Verbotenswollen von möglicherweise problematischen Wörtern oder Ausdrücken die Welt ein bisschen besser zu machen, für eine Themenverfehlung. Ein Beispiel dafür aus einer Zeitung:

„Sprache, sagt Posselt, sei nie neutral. ‘Indem wir sprechen, vollziehen wir eine Handlung und schaffen damit soziale Tatsachen. Etwa, indem wir ein Versprechen abgeben oder einem Vertrag zustimmen.’ Mit der Verwendung bestimmter Ausdrücke gehe immer eine bestimmte Wahrnehmung der Welt einher. ‘Ich kann ein und dieselbe Sache als Terrorismus oder als Freiheitskampf bezeichnen.’“ (Kurier 7.3.2021)

Es fällt auf, dass diese zwei Angebote den intendierten Beweis gar nicht hergeben. Die Gleichsetzung von „Sprechen“, also etwas – irgendetwas – sagen, mit einer Handlung, das ist eine kleine Logelei: Klar, wer etwas sagt, der tut schon etwas, er sagt eben was. Damit schafft er noch lange keine *soziale Tatsache* im unterstellten Sinn, also eine irgendwie andere Leute betreffende Tatsache: Wer ein Versprechen abgibt, verpflichtet sich auf etwas, auf irgendetwas, worauf genau, das hängt eben davon ab ... Ob derjenige sein Versprechen dann auch einhält und dann darüber – vielleicht – eine Tatsache schafft, ist eine andere Frage, und die Sprache, in der er sein Versprechen abgibt, hat diesbezüglich nicht die geringste Macht. Wenn so ein jemand auch einem Vertrag zustimmt, der klarerweise in einer, in irgendeiner Sprache abgefasst ist, dann verpflichtet die Sprache den Unterzeichner zu gar nichts, sie hat keine Macht über ihn; wenn der Vertrag nicht eingehalten wird, dann verpflichtet – je nachdem, worum es sich handelt –, die Macht des Rechtsstaates den Vertragspartner oder bestraft ihn. Die *Sprache* nötigt den Betreffenden weder zum Versprechen noch zur Unterschrift noch zur Einhaltung des Vertrags – es handelt sich hier um mehr oder weniger verbindliche Bekundungen des *Willens*, die sich der Sprache bedienen, die Sprache benutzen, das ist alles.

Ebenso deutlich der Unsinn bei der anderen Variante: *Mit der Verwendung bestimmter Ausdrücke gehe immer eine bestimmte Wahrnehmung der Welt einher. ‘Ich kann ein und dieselbe Sache als Terrorismus oder als Freiheitskampf bezeichnen.’* Einerseits richtig – ich kann ein und dieselbe Sache so oder anders bezeichnen, die Sprache liefert für beide Varianten die Mittel. Aber die *Verwendung* eines dieser Ausdrücke *beeinflusst* nicht die Wahrnehmung, diese geht keineswegs mit der Bezeichnung einher oder konform: Die *Wahrnehmung* selbst, die ist identisch, es geht halt, nehmen wir mal an, irgendwo eine Bombe hoch. Das nehmen alle wahr und zur Kenntnis. Wer das, aus welchen Gründen auch immer für gerechtfertigt hält und befürwortet, der nennt es „Freiheitskampf“, wer dagegen ist, für den ist dieselbe Sache Terrorismus, also illegitime Gewalt. Beides lässt sich sprachlich formulieren, aber die Sprache determiniert nicht die Wahrnehmung und das Urteil. Auch nicht die Wahrnehmung anderer Leute – jeder Zuhörer, der „Freiheitskampf“ oder „Terrorismus“ hört, kann sich dem anschließen oder die

legitimierende Bezeichnung ablehnen. Die Anspielung ist ja bekannt: Als islamische Terroristen gegen die sowjetische Besatzung in Afghanistan kämpften, da waren sie Freiheitskämpfer; als diese Freiheitskämpfer gegen die USA weitermachten, wurden aus ihnen flugs Terroristen. (Inzwischen gibt es eine dritte Variante: Islamische Terroristen, die in Syrien gegen das Assad-Regime freiheitskämpfen, die haben sich hierzulande die Bezeichnung „Rebellen“ verdient. Das alles von einer freien Öffentlichkeit ohne Propagandaministerium oder Zensur, und sicher nicht von der deutschen Sprache angeleitet.)

Eine aktuelle Polemik gegen die Sprachverbesserung der Welt ...

... stammt von Sahra Wagenknecht, aus ihrem neuen Buch. Ich lese mal vor:

„Doch, die gesellschaftliche Linke kann noch siegen. Sie kann Multis wie den niederländisch-britischen Konsumgüterkonzern Unilever, zu dem die Marke Knorr gehört, in die Knie zwingen. Aufgrund der Rassismusdebatte in den sozialen Netzwerken, teilte das Unternehmen im August 2020 mit, werde der Knorr-Klassiker Zigeunersauce ab sofort unter neuem Namen, nämlich als Paprikasauce Ungarische Art in den Supermarktregalen zu finden sein... Freilich, der verschlechterte Tarifvertrag, den Unilever fast zeitgleich zum heroischen Abschied von der Zigeunersauce den 550 verbliebenen Mitarbeitern im Knorr-Stammwerk Heilbronn mit der Drohung aufgezwungen hatte, den Betrieb andernfalls ganz zu schließen, besteht unverändert. Er bedeutet für die Knorr-Beschäftigten Personalabbau, niedrigere Einstiegsgehälter, geringere Lohnsteigerungen und Samstagsarbeit. Anders als die Zigeunersauce hatte all das allerdings nie für bundesweite Schlagzeilen oder gar für einen Shitstorm der sich links fühlenden Twitter-Gemeinde gesorgt.“ (Sahra Wagenknecht: „Die Selbstgerechten. Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt“, Frankfurt 2021 S. 21.)

Ganz schön giftig, die Frau Wagenknecht, nicht?! Solche Gegenüberstellungen sind leicht zu haben: Die Versuche, die „diskriminierende“ Sprache zu säubern, die finden überall reichlich Material und haben auch Erfolge – in Wien gibt es zwar immer noch eine Mohrengasse, eine große und eine kleine, aber eine Mohrenapotheke oder -brauerei hat sich angeblich schon umbenannt. Unschöne Neuigkeiten aus der Welt der Lohnarbeit wie Lohndrückerei und Verschlechterungen in Sachen Arbeitszeit gibt es nicht nur bei Knorr bzw. Unilever. Aber warum sollte man die Bemühungen um Sprachhygiene und materielle Schlechterstellungen von Lohnarbeitern überhaupt in Beziehung setzen? Klar, der Erfolg bei der Zigeunersauce hat keinen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen in den Werken, die sie herstellen – aber darum geht es Sprachaktivisten offenkundig auch nicht. Der Vorwurf, dass die Bemühungen um Sprachbereinigung sich nicht dem widmen, was Frau Wagenknecht für nötig hält, der tut so, als müssten die Aktivisten der political correctness eigentlich etwas anderes machen, als das, was sie nun einmal vorhaben. Und das ist nicht stichhaltig – es ist auch wenig sinnvoll, Leuten, die ein Straßenbauprojekt verhindern wollen, vorzuwerfen, dass das nichts bringt für die Situation von Alleinerzieherinnen. Normalerweise kommen sich solche Bewegungen einfach nicht in die Quere – die Schärfe, um die sich Frau Wagenknecht bemüht, rührt aber daher, dass sie das Firmenschild „links“ ziemlich exklusiv für ihre sozialen Anliegen reservieren möchte, und die Sprachhygieniker an der linken Ehre packen und für sich vereinnahmen will, aber ohne sie zu kritisieren – sondern nur über ihren Versuch, sie mit dem Hinweis ins Unrecht zu setzen, es gäbe doch wichtigeres als die Reform von Speisekarten bzw. Packerlsaucen, nämlich ihre Anliegen.

An dem Punkt möchte ich weiterdenken, aber eben darüber, warum solche Umbenennungsaktionen für nötig gehalten werden, soziale Probleme hin oder her – und warum sie den Betroffenen nichts nützen, auch wenn sie erfolgreich sind; es

werden eben nun nicht mehr Zigeuner, sondern Roma diskriminiert, woran man etwa erinnert wird, wenn der Papst in der Slowakei vorbeikommt und das dortige große Ghetto besichtigt, oder wenn der frühere italienische Innenminister nicht mehr Zigeuner, sondern Roma registrieren möchte, und und und ... Die antirassistische Bewegung hat es nun einmal mit beidem zu tun: Einerseits ist Rassismus offiziell allenthalben geächtet, kaum wer bekennt sich dazu, und andererseits ist das Phänomen weit verbreitet. „Alle sind gegen Rassismus, aber wenn du ihn erlebst, ist niemand da?“ – Das steht so auf einem Plakat; das trifft ja was. Die Frage ist also, woher das kommt, auch wenn sich Rassismus nicht gehört, und ob Sprache gegebenenfalls etwas damit zu tun hat, oder auch nicht. Die Sprache bietet in der Tat viele Möglichkeiten, Hass und Verachtung zum Ausdruck zu bringen – aber die Sprache ist dafür das Mittel, und die Sprache zwingt keinem Sprecher eine bestimmte Stellung zu Individuen oder Kollektiven auf. Möchte nun auf einem kleinen Umweg weitermachen, also die Begründungen, die von den Anhängern der political correctness formuliert werden, ein wenig zurückstellen, und mit dem richtigen Leben beginnen, in dem Fall mit dem richtigen „Zigeunerleben“:

Aus dem „Zigeunerleben“

„Ein besonders deutliches Beispiel ist die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo. Diese repräsentierten zuvor eine verhältnismäßig gut integrierte Mittelschicht, häufig mit Immobilienbesitz. Nach der Vertreibung durch nationalistische albanische Gruppen leben viele Kosovo-Roma auf der Flucht, häufig in Arbeitslosigkeit und Armut. Zahlreiche von ihnen sind seit der Staatsgründung des Kosovo staatenlos. Damit entsprechen sie nun dem Cliché-Bild. So hat sich die Mehrheitsgesellschaft ihre ‚Zigeuner‘ nicht nur in ihren Vorstellungen, sondern auch ganz real selbst gebastelt.“ (Der Antiziganismus-Forscher Markus End erläutert im Gespräch mit dem Pester Lloyd aktuelle Gründe und historische Hintergründe des Hasses auf Roma und wie sich die Mehrheitsgesellschaft „ihre Zigeuner“ selbst gebastelt hat.)

Also die Mehrheitsgesellschaft hat sich ihre „Zigeuner“ gebastelt – das ist offensichtlich. Aber die Frage wie und warum, die findet keine nähere Befassung, der Forscher gibt sich damit zufrieden, dass es nicht an den Roma liegt, wenn sie angefeindet werden. Dabei ist die Darstellung durchaus aufschlussreich – es wird gerade ein *neuer Staat* gegründet. Im Zuge dessen sind von den Gründern zwei elementare Fragen zu beantworten, die nach dem *Volk* und die nach dem *Raum*. Die Frage nach dem Raum, die hat die NATO und die EU damals gleich selber geklärt: Die Grenzen des neuen Kosovo sind die Grenzen der früheren Region Kosovo im ehemaligen Jugoslawien bzw. Serbien. Das war das Diktat, das etwa eine Wiedervereinigung mit Albanien, sofern überhaupt beabsichtigt, unterbunden hat. Die Frage nach dem Volk wurde den neuen Machthabern überlassen, und die sind gleich ans Werk gegangen. Seit der Staatsgründung sind zahlreiche Roma staatenlos, erfährt man: Die Staatsgründer haben also in einem ersten Schritt ein albanisches Staatsvolk definiert, als die ethnischen Träger des Staates – und damit waren etliche andere Anwesende gleich als staatenlos diskriminiert, und staatenlos läuft im Endeffekt auf *rechtlos* hinaus! Das Subjekt dieser Unterscheidung ist eindeutig die neue höchste Gewalt, und nicht irgendwelche „nationalistischen Gruppen“, die dann womöglich initiativ werden und noch weiter zur Drangsalierung und Vertreibung fortschreiten. Das frühere Jugoslawien hat sich als Vielvölkerstaat verstanden und war auch so verfasst – damit war nach den neuen Staatsgründungen Schluss. Das war durchaus folgerichtig, immerhin war die Behandlung der Kosovo-Albaner durch Serbien der Vorwand für die damalige NATO-Intervention im Namen von deren „Selbstbestimmungsrecht“; der tatsächliche Grund war der serbische Widerstand gegen die Diktate der EU und der NATO. Die spezielle Lage der Roma, wenn denen

die Staatsbürgerschaft verweigert wird, wenn sie quasi zu *Ausländern* gemacht werden, besteht dann darin, dass es keinen Staat gibt, dessen Bürger sie ebenso naturwüchsig werden könnten wie die serbische Minderheit im Norden des Kosovo, sie haben auch keine entsprechende Schutzmacht außerhalb, die sich für sie einsetzen könnte. Eine ähnliche Beobachtung eines anderen Forschers:

„Markus End und andere Forscher gehen davon aus, dass die meisten Menschen, die Sinti und Roma ablehnen, keine Mitglieder der Bevölkerungsgruppe kennen, gegen die sich ihre Feindseligkeit richtet. Das ist typisch für sogenannten Antiziganismus. Diese Form des Rassismus beruhe nicht auf Erfahrungen, sondern auf Projektionen der Mehrheitsgesellschaft, sagt Markus End: ‘Es ist möglich, antiziganistisch eingestellt zu sein, ohne dass man jemals konkreten Kontakt gehabt hat zu Menschen, die man als ‚Zigeuner‘ wahrnimmt‘. Die Ablehnung speise sich aus einer jahrhundertelangen Überlieferung von Klischees wie Heimatlosigkeit, Faulheit oder Kriminalität, die auch in den Medien das Bild von Sinti und Roma prägen. Das belegen die Forschungen des Literaturwissenschaftlers Klaus-Michael Bogdal. Für sein Buch „Europa erfindet die Zigeuner – Eine Geschichte von Faszination und Verachtung“ hat er Quellenberichte und literarische Zeugnisse seit der Ankunft von Roma-Gruppen in Europa vor 600 Jahren ausgewertet. Er zeigt, wie in der Zeit, als sich Nationalstaaten bildeten, Angehörige der Minderheit als Zugewanderte und Fremde ausgegrenzt und verfolgt wurden. Man vertrieb oder ermordete sie. ... Auch vorgeblich positive Bilder wie das angeblich so freie und ‘lustige Zigeunerleben’, sexuelle Freizügigkeit oder temperamentvolles Tanzen und Singen markierten Menschen als abweichend von den Normen der Mehrheitsgesellschaft.“
(<https://www.dw.com/de/antiziganismus-uralte-vorurteile-und-gefährliche-feindseligkeit/a-15842146> – Website Deutsche Welle)

Der Rassismus beruht nicht auf schlechten Erfahrungen, sondern auf Projektionen – das ist ja wieder richtig. (Gilt übrigens auch umgekehrt: Es haben sich 2015 etwa Leute für Flüchtlinge eingesetzt, ohne welche persönlich zu kennen bzw. bevor sie welche kennenlernten, auch deren Sympathie beruhte nicht auf *persönlichen Erfahrungen*, sondern auf *politischen Urteilen* über die Leute; ebenso halten es die Antiziganisten.) Aber welche Projektionen sind denn das nun? Auch hier wird immerhin die Bildung von Nationalstaaten erwähnt, wodurch andere als „Zugewanderte und Fremde ausgegrenzt und verfolgt wurden“, aber dass es sich um eine Projektion des „eigenen Volkes“ handelt, um die überbordende Begeisterung für dieses „eigene“ Staatsvolk, die von Staats wegen Diskriminierung, Terror, Vertreibung anderer nach sich zieht – das soll dann doch nicht der Grund für Diskriminierung und Rassismus sein? Solche Befunde geben sich damit zufrieden, dass es nicht an den Roma liegt, wenn sie diskriminiert werden, und auch nicht auf Erfahrungen beruht – aber mit den Nationalstaaten, die da gegründet werden – mit denen will man sich nicht so recht anlegen?! Noch ein ähnlicher Bericht aus der jüngeren Vergangenheit, diesmal über Ungarn:

„Mit der Wende waren sie (die Roma, d.V.) die Ersten, die ihre Arbeit verloren. In zehn Jahren verschwanden 300 000 Jobs. Die restliche Bevölkerung verließ die benachteiligten Regionen, die Roma übernahmen ihre billigen Siedlungen. Im Nordosten Ungarns finden sich Städte mit 100 Prozent Roma-Anteil. Es gibt keine Schule dort, keine Post, keine Polizeistation. ‘Die Roma zogen ein, der Staat zog aus’, bringt es Balog auf den Punkt. Was blieb, nennt der Staatssekretär, der evangelischer Pfarrer war, ‘Überlebenskriminalität’. Auch in Miskolc, mit 170 000 Einwohnern die drittgrößte Stadt Ungarns, regierten Armut und Gewalt.“ (Die Presse, 6.12.2010)

Auch in Ungarn war nämlich die Wende zur Marktwirtschaft und der Beitritt zur Europäischen Union keineswegs eine rein ökonomische Umstellung, auch wenn das die Arbeitslosigkeit befeuert hat – Ungarn ist bekanntlich ein Auswanderungsland. Auch in Ungarn waren Volk und Führung – übrigens schon vor den Regierungen Orban – der festen Meinung, dass Volk und Raum nicht gut zusammenpassen würden: Erstens hat man einige Millionen Ungarn außerhalb der Staatsgrenzen identifiziert und begonnen, ungarische Pässe an Bürger Rumäniens, der Ukraine und anderer Nachbarn zu verteilen; und zweitens hat man innerhalb der ungarischen Grenzen Leute entdeckt, die der Staat nicht zu seinem Staatsvolk zählen wollte und will – also Minderheiten, die das Pech haben, auch da zu sein, ohne dass es sich um echt Magyaren handelt. Das hat sich folgendermaßen ausgewirkt:

„In Ungarn sind 80-85 % der erwachsenen Zigeuner arbeitslos. Dass dies nicht an ihnen liegt, wird dadurch bewiesen, dass Mitte der achtziger Jahre, in der Endzeit der sozialistischen Staats- und Kollektivwirtschaft, 85 % der erwachsenen Roma in Arbeit standen, davon rund 70 % in der Bauindustrie.“ (FAZ 9.3.2011)

Die Neusortierung der Ökonomie nach 1990 hat in Ungarn ganz zwanglos das „Roma-Problem“ angeheizt. Roma waren auch im Realsozialismus als solche kenntlich, aber in der früheren Ökonomie auch beschäftigt, in der eine Roma-Quote in den Betrieben zu berücksichtigen war. Seit der „Wende“ ist der normale Rom arbeitslos und „lebt“ samt Anhang vom Sozialstaat und von der „Überlebenskriminalität“; die durchschnittliche Roma-Familie ist seither vom Arbeitsmarkt abgeschnitten; und das alles ohne dezidierte Rassengesetze, die eine Berufsausübung an das einzig wahre ungarische Volkstum knüpfen würden, nur durch Marktwirtschaft und Demokratie und völkische Abneigungen.

Zwischenbilanz: Der moderne Antirassismus hat es mit beidem zu tun – mit der offiziellen Ablehnung jeder Diskriminierung aus Gründen der Herkunft, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung usw.; und mit einer häufigen gegenläufigen Praxis. Zusammengefasst in dem Plakattext „Alle sind gegen Rassismus, aber wenn du ihn erlebst, ist niemand da?“ Ein Ausflug in die Empirie des sog. „Antiziganismus“ ergibt, dass Staatsgründungen und ein *völkisches* Staatsverständnis von einem herausgehobenen Staatsvolk und anderen, die dadurch zu „Minderheiten“ werden, zumindest hervorragend dazu passen. Auch wenn sich dieselben Staaten offiziell gegen Rassismus und Diskriminierung aussprechen.

Da sind ja einige Fragen offen: So hat Andre Heller vor vielen Jahren in einem Lied behauptet, dass er ein Zigeuner sein möchte: „A Zigeina – a Zigeina mecht i sein“ – wörtlich. Wie konnte es dazu kommen, bzw. was hat er sich nur dabei gedacht? Ebenso: Wenn das Umbenennen der people formerly known as „Zigeuner“ dem Antiziganismus das Wasser abgraben können soll – wäre dann auch die Ersetzung des Wortes „Jude“ ein Mittel im Kampf gegen den Antisemitismus?! Wird Juden da ein wertvolles Mittel gegen Antisemitismus bisher vorenthalten, oder werden Roma quasi mit Umbenennungs-Glasperlen abg gespeist?? Was ist da los? Und die ehemalige Zigeunersauce ausgerechnet in „Paprikasauce Ungarische Art“ umzutauften – das hat auch was, angesichts der Behandlung der nunmehrigen Roma in Ungarn ... Zufall?

28. September 2021 (<https://cba.fro.at/519512>)

2. Die „Macht der Sprache“ (II)

Debatten um die deutsche Sprache werden mit großen Emotionen geführt. Das gilt auch für das Gendern. Heftig umstritten ist dabei die These, dass Sprache Wirklichkeit schafft. Stimmt das? Schafft Sprache tatsächlich Wirklichkeit – oder ist das nur eine ebenso griffige wie leere Floskel?

Bei „performativen Äußerungen“ ist das Aussprechen zugleich eine Handlung. Das Ja-Wort bei einer Trauung zum Beispiel macht zwei Ledige zu Eheleuten. Auf den ersten Blick ist die Sache einfach. Natürlich schafft Sprache Wirklichkeit. Ein Beispiel: „Wollen Sie, Frau X, mit dem hier anwesenden Herrn Y die Ehe eingehen?“ – fragen etwa Standesbeamte während der Trauung – „dann antworten Sie bitte mit ‚Ja‘.“ Die gleiche Frage stellen sie natürlich auch Herrn Y; und wenn gleichgeschlechtliche Paare vor ihnen sitzen, antworten eben zwei Männer oder zwei Frauen.

Lautet die Antworten „Ja“, dann hat das weitreichende Konsequenzen, von denen die Paare üblicherweise aber nichts mitbekommen, weil sie auf einer rosaroten Wolke schweben. Sie sind gegenseitig erberechtigt, das Sorgerecht gemeinsamer Kinder unterliegt anderen Regeln, Eheleute müssen imstande sein, sich bei Meinungsverschiedenheiten selbst zu einigen – der Gesetzgeber hat an alles gedacht. Nur das Aussprechen des Wortes „Ja“ reicht, und das Paar findet sich in einer neuen Wirklichkeit wieder.

Das ist – natürlich, möchte man sagen – blanker Unsinn. Dass es nicht „nur das Aussprechen des Wortes „Ja“ ist, das ist dieser Darstellung selbst noch in den entscheidenden Einzelheiten zu entnehmen. Zuerst müssen die beiden auf dem Standesamt erscheinen, das ist eine staatliche Behörde, dann müssen sie überhaupt berechtigt sein, eine Ehe einzugehen, auch das ist nicht selbstverständlich, geistige Gesundheit und ein entsprechendes Alter ist vorausgesetzt; dann muss – zumindest hierzulande – nicht irgendwer, sondern der Standesbeamte muss eine Prozedur nach festen Regeln durchführen, zu denen auch das Ja-Wort zählt. Wenn ein beliebiger Herr X zu einer beliebigen Frau Y bei einer beliebigen Gelegenheit „Ja“ sagt, bedeutet das gar nichts bzw. ist es möglicherweise die Antwort auf eine Frage der Frau – oder auch nicht, je nachdem, was Herr X damit meint. Die weitreichenden Konsequenzen, die da erwähnt sind – Erbrecht, Sorge- und Unterhaltungspflichten –, die sind auch nicht der Sprache oder dem Wort „ja“ geschuldet, sondern dem *Eherecht*, auf das sich die beiden verpflichten, wenn sie „ja“ sagen. Wenn schon, dann schafft der *Wille* der Beteiligten eine neue Wirklichkeit – sie verpflichten sich eben, ihre Beziehung zukünftig als ein Ensemble von Rechten und Pflichten, wie sie im Recht festgelegt sind, zu entwickeln. Im Falle einer Trennung schafft auch nicht die Sprache schon wieder eine neue Wirklichkeit, sondern die beiden wollen – oder wenigstens ein Teil der beiden will – nicht mehr weitermachen; und wenn sie das nicht einvernehmlich hinkriegen, dann entscheidet wieder nicht die Macht der Sprache, sondern die Macht des Rechtsstaates über die Folgen, die eine Trennung für die Beteiligten, ev. auch die Kinder hat.

(Dass die beiden auf einer rosaroten Wolke schweben und nicht mitkriegen, worauf sie sich da einlassen, in Sachen Rechte und Pflichten, ist übrigens ebenfalls Quatsch. Genau das wollen sie ja, dafür entscheiden sie sich. Wer kirchlich heiraten will, muss üblicherweise eine Art Vorbereitungskurs absolvieren, damit da nicht leichtfertig geheiratet wird. Auch da wird viel gesprochen, aber die neue Wirklichkeit schaffen schon die Eheleute in ihrem Tun oder Lassen ...) Ein anderes Beispiel aus dem erwähnten Text:

Womit wir uns mitten in der Genderdebatte befinden. Wenn weibliche Sprachformen wegen des generischen Maskulinums im Deutschen seltener vorkommen, sind Frauen gesellschaftlich unterrepräsentiert. Und dass sie sprachlich seltener in Erscheinung treten, steht außer Frage. Ein Beispiel: Der Satz „Nächste Woche streiken alle Grundschullehrer“ schließt nach den Regeln des generischen Maskulinums auch Lehrerinnen ein – was allerdings schon deshalb pikant ist, weil an Grundschulen rund 90 Prozent Frauen arbeiten. Hier wäre ein generisches Femininum angebracht.

Nun ja, wenn ohnehin alle Beteiligten wissen, dass es viele weibliche Lehrkräfte gibt, dann ist im zitierten Satz: „Nächste Woche streiken alle Grundschullehrer“ – die wesentliche Information enthalten. Es kennt sich jeder aus. Dass Frauen durch das generische Maskulinum *gesellschaftlich* unterrepräsentiert sind, ist gerade in dem Fall schwer zu glauben – wenn 90 Prozent der Grundschullehrerinnen Frauen sind, dann sind sie in den Grundschulen eher überrepräsentiert. Informationsproblem liegt also keines vor – und die Sprache als solche erzeugt natürlich auch nichts, jedenfalls nicht die Wirklichkeit eines Streiks. Der Text aus dem Deutschlandfunk belässt es dabei, daher möchte ich es auch dabei belassen. Was weiterführende Überlegungen betrifft – ob das mangelnde Gendern in der Sprache zu niedrigeren Durchschnittseinkommen oder sogar zu häuslicher Gewalt führt –, so teile ich diese Ansichten nicht, nach meinem Dafürhalten wird da die Sprache für Sachen verantwortlich gemacht, für die sie nichts kann. Habe mich dazu auch in anderen Beiträgen auf „Kein Kommentar“ geäußert – nichtsdestotrotz werden Einwände und Beschwerden gern entgegengenommen. Zu den gängigen Argumenten zählt hingegen die Sache mit dem Einfluss der Sprache auf die Wirklichkeit:

Sprache (hat) aber auch einen prägenden Einfluss auf die soziale Wirklichkeit. ... „Wir prägen durch die Art und Weise, wie wir sprachlich Bezug nehmen auf die Wirklichkeit eben diese Wirklichkeit. Es ist ein Unterschied, ob ich von Flüchtlingsunami oder von Flüchtlingszuwanderung spreche.“

Ohne Zweifel besteht da ein Unterschied, wer vom Tsunami redet, möchte durch das Bild einer Flutwelle eine Bedrohung vorstellig machen. Aber die Bezeichnung als „Tsunami“ prägt nichts. Weder bringt sie die Wirklichkeit einer Flüchtlingsbewegung hervor, noch prägt sie die Meinung dessen, der das hört: Jeder kann – und muss übrigens – sich schon selber entscheiden, ob er sich der Vorstellung von der Bedrohung anschließt oder nicht. Man kann mittels der Sprache bekanntlich auch gegen das Tsunami-Bild protestieren. Klar, die jeweilige Bezeichnung transportiert eine moralische Bewertung, aber sie *bestimmt* die Wirklichkeit nicht. Das ist ein analoges Beispiel zur Frage Terroristen und / oder Freiheitskämpfer von voriger Woche. Dazu gibt es übrigens ein geografisch näherliegendes Vorkommnis als die alten Geschichten in Afghanistan. In Südtirol organisierte sich in den 60er Jahren ein sogenannter „Befreiungsausschuss“, der die Unabhängigkeit Südtirols von Rom forderte. Zu diesem Behuf wurden einige Strommasten gesprengt, die Protagonisten wurden damals „Bumser“ genannt – Bumser nicht im Sinn von Geschlechtsverkehr, sondern von Krach, Bums, Explosion. Aus der Sicht des italienischen Staates waren das Terroristen, die mit allen Mitteln bekämpft wurden, die erwischten freiheitskämpfenden Terroristen wurden gefoltert nach allen Regeln der Terrorbekämpfung mitten in Europa nicht nur von der CIA in entfernten Gegenden. Im Zuge dessen wurden im Salzkammergut als italienische Antwort ebenfalls einige Bomben gezündet. Die Lage in Südtirol wurde im Grunde genommen durch das sog. Autonomie-Paket entschärft, durch das dem Land etliche Kompetenzen innerhalb Italiens übertragen wurden. Seither streitet man sich manchmal, ob diese Einigung trotz oder wegen der Attentate der „Bumser“ zustande kam. – Ja, und natürlich hat

auch damals die Sprache gar nichts „geprägt“ oder „geschaffen“, und schon gar keine Wirklichkeit. Für die Anhänger der Bewegung „Los von Rom“ waren die Terroristen eben Freiheitskämpfer, und umgekehrt.

Soziale Wirklichkeit, wie Menschen sie wahrnehmen, ist abhängig von sprachlicher Bewertung. Wirklich ist das, was wir sprachlich als wirklich definieren. An dieser Stelle bewegt sich die Debatte teilweise weg von rein sozialen Phänomenen hin zu umstrittenen naturwissenschaftlichen Fragen. ... „Kleines Beispiel: Der Klimawandel ist menschengemacht; der Klimawandel ist nicht menschengemacht. Im Diskurs dominiert, der Klimawandel ist menschengemacht. Es gibt genügend Expertise, es gibt genügend Studien, die das nachweisen, aber wir wissen, es gibt auch Menschen, die den Klimawandel leugnen und sagen, er ist nicht menschengemacht. In unserer Gesellschaft dominant ist die Vorstellung, er ist menschengemacht.“ ... Was sich allerdings auch ändern könnte. Entscheidend ist, wie viele Anhänger Klimaleugner mobilisieren.

Noch einmal die Betonung: Ja, die Wirklichkeit wird durch Sprache bewertet – aber dass man durch die Sprache die Wirklichkeit definieren, also bestimmen kann, wirklich wäre dann das, was wir dazu ernennen – das wird durch die folgenden Bemerkungen wieder konterkariert: Eben, der Klimawandel, der sog. Treibhauseffekt ist umstritten, aber das ist in der Tat eine naturwissenschaftliche Frage. Ebenso gibt es Leute, die die Seuche Covid-19 anzweifeln oder gleich bestreiten – aber lässt sich die Seuche denn nun her- oder wegdefinieren? Siehe oben: *Wirklich ist das, was wir sprachlich als wirklich definieren.* Das sind halt gesundheitliche, naturwissenschaftliche oder politische Streitfragen, in deren Austragung sich alle Seiten der Sprache *bedienen* – vielleicht sogar ihre Sicht als gültige Sprachregelungen durchsetzen möchten. Wie viele Anhänger können Klimaleugner mobilisieren? Das entscheidet nicht die Sprache, die Sprache als solche bewirkt und definiert nichts. Sie wird benutzt.

*

Habe im Frühjahr mit einer längeren Serie (auch) zum Thema häusliche Gewalt begonnen. Bin darüber noch immer einigermaßen sensibilisiert, und da fällt einem halt einiges auf, die laufende Berichterstattung betreffend. Daher gibt es heute einen Nachschlag; der einige aktuelle Weiterungen betrifft, sozusagen ein Update. Einstieg ist ein Inserat des Innenministeriums, für das zwei Sportler (Polizeisportler) ihre guten Namen hergeben:

„Gewalt ist ein Problem, keine Lösung. ‘Unsere Emotionen lassen wir am Platz aus, nicht an unseren Frauen.’“ (Inserat des Innenministeriums, Namen und Sportart werden hier diskret verschwiegen.) Denn das reizt natürlich, sich Vorurteile über Sportler und die Folgen der einseitigen Belastung durch ständiges Training zu bestätigen. Aber wir nehmen halt an, dass da eine Werbeagentur zugeschlagen hat, und dass die beiden halt nicht mitgedacht haben.

Furchtbar nett, nicht, dass die *ihre Emotionen nicht an ihren Frauen auslassen, sondern am Sportplatz!* Erstens werden da *Emotionen mit Aggressionen* gleichgesetzt – ja, unsere Sportler und manche Werbefritzen sind halt mit sprachlichen Feinheiten nicht so auf du und du! Daher erst mal der Hinweis, dass es viele und *sehr verschiedene Emotionen* gibt, und einige davon kann man sogar mit anderen Menschen ausleben. Da staunt der Sportler! Zweitens sind Aggressionen – wenn es denn um diese gehen soll – auch nicht einfach da, irgendwie gott- oder natur- oder kulturgegeben oder sonst wie vorhanden, und wenn sie nun mal da sind, dann müssen sie irgendwie raus – und da empfehlen die Sportskanonen freundlicherweise den Platz, gemeint ist das Spielfeld, und nicht die Frau. Aha! Nun,

liebe Kinder, Aggressionen sind aber nicht einfach irgendwie und als emotionale Grundstimmung immer vorhanden, sondern die sind das Resultat eigener Vorhaben, Ansprüche und Interessen, vielleicht eigener Berechtigungen – bzw. das Resultat von Hindernissen, Widerständen und Enttäuschungen, wenn die eigenen Vorhaben nicht aufgehen. Gerade Sportler könnten das schon wissen, denn ihre Aggressionen gegen die Gegner, die sie am Platz rauslassen dürfen, die kommen nicht von ungefähr, sondern aus dem eigenen Siegeswillen, und daraus, dass die jeweiligen Gegner auch gewinnen wollen, und deswegen ihr Bestes geben, um das Spiel der anderen zu stören und zu zerstören ... Genauso verhält es sich mit den allfälligen Aggressionen gegen – im Werbetext: „unsere Frauen“ –, die stammen auch nicht von irgendwoher, aus der Evolution oder vom Testosteron, sondern aus den *Erwartungen und Enttäuschungen* in Sachen Familie und Beziehung, die sich im allgemein anerkannten Streben nach Glück und den unvermeidlichen diesbezüglichen Widrigkeiten so aufbauen. Verweise diesbezüglich finden sich in der Sendereihe: Podcast „Kein Kommentar“ auf cba.fro.at – Stichworte Erwartungen und Enttäuschungen; Streben nach Glück.

Da würde man doch gern wissen bzw. wenigstens fragen: Gibt es dazu empirische Belege? Wurde da wenigstens ordentlich Sozialforschung betrieben? Neigen Sportler tatsächlich weniger zu häuslicher Gewalt als sog. Couch-Potatoes? Gilt das nur für Profi-Sportler oder eher für Amateure oder für beide Abteilungen? Dass dem Sport wohltuende Wirkungen zugeschrieben werden, das geht manchmal nach hinten los. Es gab früher mal den schönen Slogan „Sport statt Drogen!“ – Aber jedem, der Sportberichte konsumiert, ist geläufig, dass der Sport auf allen Ebenen – vom Amateur zum Profi – ein Drogen-Hotspot ist. Da gibt es die Schwerathleten von der Anabolika-Fraktion, und die Ausdauersportler mit dem Blutdoping, vielleicht ist das auch schon überholt. Bezogen auf die aktuelle Kampagne: Wie ist das mit den Emotionen = Aggressionen nach einer Niederlage? Konnten sich auch die Verlierer ordentlich abreagieren, oder hat sich da noch mehr Frust aufgebaut? Fragen über Fragen ...

Der andere Punkt, an dem unsere Sportler in ein schweres Debakel gelaufen sind, auch wenn das niemandem auffällt, das ist der schöne Satz: „*Gewalt ist ein Problem, keine Lösung.*“ Au weia. Alle Welt, alle zivilisierte Welt sieht das mit der Gewalt als Lösung nämlich ganz anders, allerdings unter einer speziellen Prämisse: Es muss sich schon um die *hoheitliche Gewalt des Staates* handeln, damit Gewalt als Lösung der verschiedensten Probleme gilt. Etwa als Mittel gegen häusliche Gewalt! Die verbotene Privatgewalt ist als Lösung verpönt, wovon auch immer – die staatliche Gewalt ist demgegenüber als Antwort auf alles erdenkliche Problemwesen anerkannt, höchstens an der jeweiligen Durchführung wird manchmal herumkritisiert – also manchmal zu viel Gewalt, manchmal zu wenig gegen Asylwerber oder prügelnde Ehemänner, zu ungeschickt –, nicht aber an der Notwendigkeit von viel Gewalt und eines flächendeckenden Polizeiapparates und Justizwesens wird gezweifelt, als moderne Errungenschaften.

Das hat insofern etwas mit häuslicher Gewalt zu tun, als das Recht des Staates und seine gewalttätige Exekution nicht selten von individuellen Vorstellungen in Sachen Recht und Unrecht gehörig abweichen, weswegen der eine oder andere sog. „Wutbürger“ dann zur Selbstjustiz greift, und sich dafür rächt, dass „seine“ Frau „alles“ kaputt macht, wenn sie abhaut, weil sie dadurch „die Familie zerstört“ – die doch „das Wichtigste“ im Leben ist. Gründliche Ausführungen im erwähnten Podcast „Kein Kommentar“ auf cba.fro.at – die Stichworte wären etwa „Amoklauf“ und „Recht, Pflicht, Unrecht und Gewalt im Liebesleben“.

05. Oktober 2021 (<https://cba.fro.at/520649>)

3. Wertvolle und Minderwertige

Es soll weitergehen entlang dieser Stichworte – habe mich in den letzten Sendungen zu den Fragen der „Macht der Sprache“ geäußert, ob die Sprache etwa „Wirklichkeit“ schafft – die Antwort ist ein klares, kompromissloses „Nein“. Die Argumente sind nachzuhören bzw. nachzulesen auf cba.fro.at, Podcast „Kein Kommentar“.

Die allgemeine Auskunft war, dass die Sprache das Mittel ist, mit dem die Menschheit ihre Bedürfnisse, Interessen, Wahrnehmungen mitteilt, ganz allgemein ihre Befunde über die Wirklichkeit äußert, oder auch sich Sachen erfindet, die es als existierende Tatbestände nicht gibt, als Literatur zur Unterhaltung oder Erbauung – aber die Sprache hat weder Macht über den Sprecher noch über die allfälligen Hörer. In der negativen Utopie „1984“ versucht bekanntlich die Regierung, beschönigende Sprachregelungen für unschöne Phänomene durchzusetzen, sie den Bürgern aufzuzwingen – diese sollen die Verhältnisse schöner reden müssen, als sie sind. Derartiges gilt gemeinhin als Zeichen von politischem Totalitarismus – aber wenn dasselbe Bedürfnis nach schönen Sprachregelungen, nach „korrekten“ Sprachregelungen nicht von oben, sondern von unten oder aus der sog. „Zivilgesellschaft“ kommt, dann soll die Welt nicht nur schöner geredet werden, sondern dann soll dadurch ein erster kleiner Schritt zur Weltverbesserung gemacht sein – warum und wie denn? Wenn Kriege als Friedenssicherungs- oder Friedensschaffungsmaßnahmen bezeichnet werden, werden sie dadurch weniger oder angenehmer für die Opfer? Soll man gleich das Wort „Rassismus“ auf den Index setzen, weil man dadurch das Phänomen selbst ev. aus der Welt schaffen könnte? Oder das Wort „Rasse“ aus dem deutschen Grundgesetz entfernen, weil doch die Naturwissenschaft die Vorstellungen von „menschlichen Rassen“ widerlegt habe?! Und wenn es im Grundgesetz-Text keine „Rassen“ mehr gäbe, dann täte sich jeder Alltags-Rassismus gleich viel schwerer?! Wirklich? Warum denn? Richtet sich der „Rassismus“ denn nach dem Grundgesetz – aber gerade im Grundgesetz steht doch ohnehin ein Diskriminierungsverbot, das offenbar auch nicht sehr durchschlagskräftig ist?! Nochmal: Das Diskriminierungsverbot als solches richtet offenbar nicht allzu viel aus, aber das Eliminieren des Wortes „Rasse“ soll den gleichnamigen „Ismus“ eliminieren? Was aber, wenn „Rassismus“ gar kein Ergebnis missverständlicher Naturwissenschaft ist, sondern ein Phänomen aus Politik und Gesellschaft?! Der Einstieg in die Debatte in der vorletzten Sendung war ein empirischer Fall, nämlich die Behandlung der Roma in Osteuropa.

Erwähnt wurde, wie sich durch Staatsgründungen nach der Auflösung des Ostblocks bzw. nach der Zerstörung Jugoslawiens Leute, die vorher anerkannte normale Staatsbürger waren, als staatenlos – ein Teil der Roma im Kosovo –, oder als nationale Minderheit im Unterschied zum Staatsvolk – etwa in Ungarn – wiedergefunden haben. Ein Antiziganismusforscher, der die Zigeunerfeindlichkeit erforscht, hat das charakterisiert als die Schaffung von Zigeunern durch die „Mehrheitsgesellschaft“. Zuerst werden sie, das war das Beispiel im Kosovo, staatenlos gemacht – und dann entsprechen sie dem Bild vom „vaterlandslosen Gesellen“, das es offenbar längst gibt. Was also diese Schaffung des Zigeuners durch Politik und Gesellschaft betrifft, verweise ich nochmal auf die Sendung vom 27. September, nachzulesen und zu hören auf cba.fro.at – möchte das alles nicht wiederholen, sondern weitermachen mit der Frage, *welches Bild* haben denn nun die Zigeunerhasser, und woher kommt es. Sehr instruktiv ist dabei ein Lied von Andre Heller, ebenfalls vor zwei Wochen erwähnt. Die wichtige Strophe, ich zitiere – für den mangelnden künstlerischen Ausdruck kann ich nichts, kann nicht singen:

A Zigeina – a Zigeina mecht i sein –
Ja, so a Zustand kennt mi razn
Weus mi so, a so wia's jetzt is, nimma gfreit –
A so wahnsinnig stiat! (ärgert mich, ist mir zuwider)
I wüü fuat, ganz weit fuat
Lassts mi ongländ in mein Leb'n!
A Zigeina, a Zigeina mecht i sein!

Das ist die Idealisierung des sog. Zigeunerlebens: Es freut ihn nicht mehr, er mag nicht mehr, er will fort, und man möge ihn in Ruhe lassen, er würde gern einfach abhauen: A Zigeina, a Zigeina mecht i sein! Der Zigeuner ist in dem Bild einer, der das als Lebensform praktiziert: Er ist frei, er ist ungebunden, er geht fort, wenn es ihm nicht mehr gefällt, er hat keine Verpflichtungen, keine Belastungen, kein „Hamsterrad“ und keine Tretmühle, die ihn fertig macht. Keine Anstrengungen, die sich so oft nicht wirklich lohnen, immer nur derselbe Frust. Dieses Bild ist unschwer als bürgerliche Wunschvorstellung kenntlich, im normalen Sprachgebrauch heißt diese Figur nämlich der „Aussteiger“ – das ist einer, der nicht mehr mitmachen will, weil das Verhältnis von Anstrengung und Ertrag so hoffnungslos zu seinen Ungunsten ausfällt, und der es deswegen ganz bleiben lassen will. Es gibt ja – ganz vereinzelt – diese Leute. Etwa in der Form, dass ein Segelboot angeschafft wird, sofern leistbar, und dann wird um die Welt gesegelt – und sobald die Gegend oder das Wetter nicht gefällt, geht es halt weiter ... Andere versuchen es mit dem Campingbus, und wenn sie Glück haben, finden sie einige „Follower“, die ihnen durch Anklicken bei der Finanzierung helfen – weil eines ist auch klar, diese Lebensweise verträgt sich nicht mit marktüblicher Arbeit und einem daraus erzielten Einkommen. Bei Andre Heller ist daher eine gewisse Armut die Folge:

A Zigeina – a Zigeina mecht i sein
Ohne Haus, ohne Stod und ohne Gegend –
Nur a Sprungduach in des was dea Himmel fällt
Und du, und du warst mei Oide – olle Tog!
A Zigeina – a Zigeina mecht i sein
Und da Regn und da Gatsch warn mei Pullowa
Und de Stern da obn, des kannst ma glaubn
De warn mei Huat – mei leiwanda Huat!

Ohne Haus, ohne Stadt, der Regen und der „Gatsch“ (der Morast) ist sein Pullover, aber ein Weibchen sollte schon dabei sein: Und du, und du warst mei Oide – olle Tog! Er gehört nirgends richtig dazu – „ohne Gegend“ –, weil er ja ganz weit fort will, sobald es ihn nicht mehr freut.

Das wäre also die Idealisierung, die als Wunsch nach Freiheit ohne Verpflichtungen jedem anständigen Bürger wohlbekannt ist, was der normale Mensch aber bald als unrealistisch abschreibt – und wenn man reich genug ist, sich das leisten zu können, dann kann man ja auch bleiben, wo man ist, weil das Leben ohnehin angenehm ist. Die moralisch gegenläufige Interpretation dieser, derselben Figur, das ist dann der Drückeberger – und das ist noch wohlwollend formuliert, früher war mal die Bezeichnung „asozial“ verbreitet; eben weil dieser Drückeberger jeder anständigen anstrengenden Arbeit aus dem Weg geht und abhaut, sobald es ungemütlich wird, was im bürgerlichen Getriebe bald der Fall ist. (Kleine Zwischenbemerkung: Abhauen, sobald es frustrierend wird, wäre ja kein unbedingt schlechter Einfall – man wüsste halt nicht, wohin. Bgl. Wertehimmel hat beides auf Lager: Die Freiheit und das Streben nach Glück – und da gehört wohl das Abhauen dazu, sobald es einen nicht mehr freut. Das gegenläufige Verdikt ebenso: Das wäre der Vorwurf des Egoismus und der mangelnden Solidarität. Beides sind ziemlich beliebig

verwendbare moralische Figuren. Und dass dieses Bild von der Zigeuner-Lebensweise mit der realen Existenz der Roma nichts zu tun hat, ist mir bekannt; die Information braucht mir niemand mitzuteilen. Ansonsten wäre halt endlich mal die Frage zu stellen, warum sich ihre Anstrengungen für viele Leute nicht lohnen und der Frust einfach nicht weniger wird – aber das fällt in die Politische Ökonomie des Kapitalismus.)

Rassismus: So alltäglich, wie seine „Verdrängung“ obligatorisch
Möchte an dieser Stelle endlich mit einer expliziten Rassismus-Definition weitermachen. Die übliche Antirassismus-Diskussion ist, wie sich das heutzutage gehört, pluralistisch. Was denn unter „Rassismus“ zu verstehen sei oder nicht, das sei eine Frage der Definition. Je nachdem, ob diese nun „enger“ oder „weiter“ gefasst sei, falle ein Phänomen darunter oder auch nicht. Und das stimmt definitiv nicht. Denn wenn mit „Rassismus“ etwas gemeint ist, wenn dieser Terminus einen eindeutigen Gehalt hat, dann der Standpunkt, es gäbe *wertvolle* und *minderwertige* Menschen, und zwar gleich im Kollektiv, also verschiedene *Menschensorten*, also die berühmten *Rassen*. Das ist die Bedeutung von *Rasse*; und die schließt die totale *Negation des Individuums* ein. Der Einzelne zählt nur als Exemplar „seiner“ Gattung, er gilt als vollständig determiniert, als festgelegt durch die ihm zugeschriebene Zugehörigkeit zu „seinem“ Kollektiv. Diese quasi-Stammeszugehörigkeit ist die wesentliche Eigenschaft und daher auch die völlig hinreichende Information über alle individuellen Exemplare. Damit ist – im völkischen Verständnis zumindest – alles gesagt, über Freund und Feind, loyal und illoyal, gut und böse, nützlich oder unbrauchbar; und darüber, was jemandem zusteht, und was nicht.

Alle bemühten Versuche, dem durch *Umbenennen* zu begegnen – „Roma“ statt „Zigeuner“ etc. –, gehen an der Sache vorbei. Im Erfolgsfall werden heute eben Roma diskriminiert: Der italienische Innenminister will sie registrieren, zählen und wenn möglich loswerden. Diese „antirassistische“ Sprachkritik ist eher ignorant, nicht kritisch. Sie nimmt das Offenkundige nicht gebührend zur Kenntnis und verharmlost den politisch praktizierten Rassismus zur Respektlosigkeit in Folge leichtfertigen oder auch absichtlich diffamierenden Sprachgebrauchs – so als würde durch die Verwendung „böser“ Bezeichnungen quasi ein Aberglaube erzeugt, mit leider negativen praktischen Folgen. Das Dogma, das dieser political correctness zugrunde liegt, ist das von der *substantiellen Grundlosigkeit* des Rassismus, und das stimmt nicht. Darauf werde ich noch zurückkommen. Möchte nun ein paar Beispiele dafür anführen – für Rassismus und den Erfolg des Dogmas, so etwas gäbe es gar nicht. (Bin übrigens noch nicht beim sog. Alltags-Rassismus angekommen, wo also Leute auf der Straße beschimpft werden etc.)

Denn es gibt sie, im richtigen Leben, die Wertvollen und die Minderwertigen – fragt sich nur, für wen und warum. Eine Variante aus dem Fundus der vorherigen Regierung: Die türkis-blaue Regierung Kurz-Strache wollte damals den Südtirolern freihändig – ohne dass es große Nachfrage gegeben hätte –, eine Doppelstaatsbürgerschaft ermöglichen, also auch den österreichischen Pass zukommen lassen. Ungefähr gleichzeitig hat vor allem die FPÖ, aber nicht nur diese, darauf gedrungen, dass Austro-Türken so ein Doppelpass auf keinen Fall zusteht, dass allfälligen Betroffenen also die österreichische Staatsbürgerschaft entzogen gehört, sofern sie die türkische nicht beweisbar zurückgelegt hätten. Die Frage, inwiefern Südtiroler für die ÖVP-FPÖ-Koalition offensichtlich wertvoller sind als Türken, die wurde von niemandem gestellt. Ein öfter übliches Kriterium des damaligen österreichischen Kanzlers für die Wertvollen – die, „die ins System einzahlen“ – gibt die Unterscheidung in dem Fall sicher nicht her: Die Türken in Österreich zahlen ja, die Südtiroler in Italien nicht. Nicht einmal als Rassismus-

Variante wurde diese Sachlage erkannt. Durch die gern von Antirassisten verlangte Problematisierung oder gar Ächtung von Bezeichnungen wie „wertvoll“ und „minderwertig“ ändert sich der Sachverhalt – Doppelpass oder nicht? – jedenfalls in keiner Weise. Die Geschichte hat sich übrigens durch den massiven Protest der italienischen Regierung derzeit zumindest erledigt, das Projekt „Doppelpass“ wurde nicht weiterverfolgt, es findet sich auch nicht in der türkis-grünen Fortschreibung des früheren Programms. Zumindest in Italien wurde der Vorstoß sofort als imperialistisches Projekt identifiziert, mit dem Österreich der Republik Italien einen Teil der Bürger abspenstig machen will, so wie das Ungarn in seiner Umgebung betreibt, wenn ungarische Pässe an Rumänen oder Ukrainer oder Slowaken ausgegeben werden – wenn man schon nicht räumlich expandieren kann, möchte man wenigstens personell *das Volk* verbreitern.

Apropos Italien! Gerade der damalige italienische Innenminister hat mit seiner Ansicht über die Wertvollen bzw. Minderwertigen nicht hinter dem Berg gehalten und sich vor Begeisterung über seine Landsleute zu aufschlussreichen Komplimenten hinreißen lassen. Anlass war die Frage, ob nicht durch Migration die Bevölkerungsentwicklung zu korrigieren sei, die sich durch sinkende Geburtenraten auszeichnet:

„Es könne nicht darum gehen, die Besten aus der afrikanischen Jugend herzuholen, um Europäer zu ersetzen, die keine Kinder bekämen. ‘In Italien gibt es die Notwendigkeit, unseren Kindern zu helfen, Kinder zu bekommen – und nicht, neue Sklaven zu haben, um die Kinder zu ersetzen, die wir nicht haben.’“
(www.tagesschau.de)

Salvini braucht keine afrikanischen „Sklaven“ – er hat ja Italiener! Aber die müssten dafür allerdings ausreichend gezüchtet werden. Der „Sklave“ steht natürlich für Benützung, für Ausbeutung; ein Soziologe nennt so etwas ein „funktionales Äquivalent“ – beide Sorten von Werktätigen, die afrikanischen und die italienischen, erbringen dieselbe Leistung. Aber was spricht in Salvinis Augen dann gegen „Sklaven“, auch wenn sie die Schufterei genauso hinkriegen würden wie Eingeborene? Hat er Vorurteile? Nur weil es sich nicht um Italiener handelt? Klar, die „Sklaven“ müssen erstens immer noch aus freien Stücken nach Norden kommen und könnten auch wieder gehen, sobald es ihnen stinkt; bei den so geschätzten „Autochthonen“ halten Rassisten das Mitmachen und Aushalten aller nationalen Ansprüche hingegen gewissermaßen für angeboren, für im Blut liegend. Das ist ja das tolle an vielen „eigenen“ Kindern und zugleich das, was etwa den people formerly known as „Zigeuner“ so abgeht, die praktizieren nämlich das „Abhauen“ als Lebensform – zumindest in der rassistischen Völkerkunde. Warum Salvini „seine“ wertvollen *Südtiroler* einfach nicht mehr hergibt, ist damit auch klar. Auch diese Bemerkung war übrigens kein Skandal, und wurde auch nicht mit Rassismus in Verbindung gebracht. Dasselbe gilt für einen österreichischen Altmeister in allen diesen Fragen, und auch seine mittlerweile 30 Jahre alten Komplimente an die Wertvollen galten und gelten nicht als rassistischer Skandal. Jörg Haider vor ca. 30 Jahren:

„Und man muss ja auch ganz ehrlich sagen, es hat sich ja auch als richtig herausgestellt, dass es nicht immer die Besten sind, die zuerst von zu Hause weglaufen. Dadurch haben wir eine riesige Kriminalität in diesen Einwanderungsbereichen bekommen. ... Es gilt letztlich das sicherzustellen, was man auch unseren Eltern und Großeltern im Jahre 1945 nach dem Krieg gesagt hat. Als die vor dem Trümmerhaufen dieser Republik gestanden sind, hat man ihnen auch gesagt: Nicht abhauen von Österreich heißt die Devise, sondern die Ärmel aufkrepeln, fleißig arbeiten und dieses Land aufbauen. Und sie haben dieses

Österreich hervorragend aufgebaut, aber das gilt auch für die Osteuropäer: Nicht abhauen von daheim, sondern selbst fest arbeiten und das Land aufbauen, und die reichen Länder werden euch ein bisschen behilflich sein. (Jörg Haider, Wahlkampfrede, 24.9.1990)

So hat sich Haider anlässlich der ersten Migrationswelle nach der Auflösung des Ostblocks verbreitet. Die damaligen Minderwertigen stammten übrigens aus dem christlichen Abendland, damals war der Islam noch kein Thema. Die Wertvollen wieder zeichnen sich jedenfalls dadurch aus, dass sie alles mitmachen, sich alles gefallen lassen, im Krieg wie im Frieden, in Faschismus und Demokratie. Sie sind die bedingungslos Zuverlässigen, die fraglos für alles zu Verfügung stehen, was das Land – das ihnen als „ihr“ Land gilt – gerade verlangt. Unverwüstlich jedenfalls, sogar wenn das Land, dem sie ergeben sind, eine kriegsbedingte Transsubstantiation durchmacht, vom faschistischen Dritten deutschen Reich zur demokratischen Zweiten österreichischen Republik. Die Wertvollen fragen nicht, was sie denn davon haben, fragen nicht, was ihr Land für sie tut, sie sind umgekehrt unverbrüchlich dabei und bis zum Exzess dafür. Sie sind *treu* – in schlechten Tagen, in Armut und Krankheit, bis dass der Tod usw. Darauf dürfen sie dann richtig *stolz* sein, nach Meinung genau der Machthaber, die ihnen wie schon seinerzeit den „Eltern und Großeltern“ sagen, was sie in Krieg und Frieden alles zu erledigen haben.

Von zu Hause wegzugehen und im Ausland kriminell zu werden, das ist umgekehrt eine schlüssige, naheliegende Laufbahn; aus völkischer Sicht – weil schon das Fortgehen den Charakter offenlegt. Wer *an sich* denkt, wem seine Interessen wichtiger sind als das Vaterland, der hat sich als Deserteur oder Drückeberger betätigt. (Auch dann, wenn es seiner Heimat in Polen oder Ungarn durchaus gelegen kommt, unbenutztes Proletariat zu exportieren, um wenigstens Überweisungen in die Heimat zu lukrieren.) Ein wirklich anständiger Mensch geht mit und für die Heimat durch dick und dünn, macht unbeirrbar alle guten und schlechten Zeiten mit, wie die Politik sie ihm auferlegt. Wer hingegen berechnend für den persönlichen Vorteil unterwegs ist, wer die Frage nach seinem *Nutzen oder Schaden stellt*, der wird vermutlich in Österreich zum Verbrecher, denn alle ökonomischen Mechanismen und Momente der Lohnarbeit für Kapital, so wie Haider sie geschätzt hat, zeitigen sachzwanghaft das Ergebnis, nicht für sich zu schuften, sondern für Kapital und Staat. Wer keine praktische Selbstlosigkeit gegenüber der Heimat aufbringt, wird im Ausland mit dieser Form der Arbeit Probleme kriegen, weil er damit garantiert nicht reich und glücklich wird, er ist daher ein potentieller Krimineller. Eine interessante Auskunft über Lohnarbeit. (Das mit der „Hilfe“ der reichen Länder gehört in die Abteilung „fake news“, das waren Erschließungsmaßnahmen für das westeuropäische Kapital.)

Die bisherigen Beispiele kreisen alle um das Staatsvolk – wer dazu gehört oder gehören soll, und wer nicht, und vor allem um die politischen Ansprüche an ein solches, wie von Haider ebenso entlarvend wie un-skandalös dargestellt.

Letztes Beispiel, für eine Art Flüchtlingsrassismus: Gibt offenbar wertvolle und minderwertige Flüchtlinge. Während der olympischen Spiele in Tokio hat sich eine Leichtathletin aus Weißrussland vom Team abgesetzt, und der Frau ist etwas angeboten worden, was sonst als Zumutung und Skandal gilt: Der Frau ist Asyl-Shopping angeboten worden, die konnte es sich aussuchen, ob sie nach Österreich will oder nicht, sie hat sich dann für Polen entschieden – obwohl es zwischen Tokio und Wien eine ganze Reihe von sog. sicheren Drittländern gibt, wo die Frau in Sicherheit gewesen wäre. Zumindest ist das die Sprachregelung und der Vorwurf gegenüber anderen – offenbar weniger wertvollen – Asylwerbern. Zur gleichen Zeit

hat die öst. Regierung ihre kategorische Ablehnung der offenbar in ihren Augen minderwertigen afghanischen Flüchtlinge bekräftigt ...

12. Oktober 2021 (<https://cba.fro.at/521867>)

4. Herabwürdigung ohne Diskriminierung?

Der bisherige Stand der Auseinandersetzung: Rassismus war von mir definiert als die Einteilung der Menschheit in *wertvolle bzw. minderwertige Kollektive*, Menschensorten; und dass das etwas mit der deutlichen Hervorhebung eines jeweiligen *Staatsvolkes* zu tun hat – die Formulierung ist absichtlich ein wenig schwammig, denn das soll nun weiter diskutiert werden. So richtig virulent – das war das einleitende Beispiel – wird diese Distinktion im Zug einer Staatsgründung, wenn die neue Macht zwischen den „eigenen“, dem Menschenschlag, den sie als den ganz ihren definiert und auf diese Weise privilegiert, und dem sie dienen will, indem sie sich als Macht über diese Leute aufbaut – und allfälligen „anderen“ unterscheidet, nach welchen Kriterien auch immer, die auch noch auf dem neu abgegrenzten Territorium herumhocken, aber weniger bis gar nicht erwünscht sind; und die dann als Minderheit oder gleich als staatenlos geduldet oder drangsaliert werden. Beispiel Kosovo.

Allerdings will die aufgeklärte europäische Politik und Öffentlichkeit heutzutage mit Rassismus dezidiert nichts am Hut haben. Dieser Terminus ist reserviert für frühere Praktiken, die heute als ebenso überwunden wie abstoßend gelten. In der Tat, die Menschenjagd auf Afrikaner, um sie als rechtlose Sklaven nach Amerika zu verfrachten, die ist vorbei. Damals hatte die Einführung des Kapitalismus in der Neuen Welt – wenn man so will, die erste Phase der „Globalisierung“ – zu einem gigantischen Aufschwung des Weltmarktes für Sklaven geführt: Es gab schlicht zu wenig Arbeitskräfte für Plantagen und Bergwerke nicht nur in Nordamerika. Die Einwanderer aus Europa, die wollten es zu etwas bringen, und es war ihnen klar, dass das über solche Arbeitsplätze nicht zu machen ist, also: Go west, young man, sichere dir ein Stück Eigentum an Grund und Boden, und mach was draus! Daher wurden Sklaven importiert. Denn damals war der Gastarbeiter, der Migrant, der illegale Einwanderer, der Flüchtling noch nicht erfunden. Das ist heute ganz anders, heute kommen Arbeitswillige aus freien Stücken nach Norden, gezwungen nur von Not und Elend, und nicht mehr von „Sklavenhändlern“. Auch eine andere Etappe der Globalisierung, nämlich die Aufteilung ganzer Kontinente als Kolonien der schon etablierten kapitalistischen Mächte, samt Terror und Vertreibung mit nicht wenigen Massakern an Eingeborenen, die dabei im Weg waren und die deswegen offiziell als Untermenschen oder Wilde tituliert werden durften – auch diese Phase ist vorbei, die Kolonien sind mehr oder weniger blutig zu unabhängigen Staaten weiterentwickelt worden, aus denen sich, wie erwähnt, viele auf den Weg nach Norden machen, weil die nationale Unabhängigkeit als Anhängsel des Weltmarktes für die Bewohner so schwer auszuhalten ist. Der Kolonialismus ist vorbei, und die damalige Entdeckung eines feindlichen (jüdischen) Volkes im Inneren, wodurch das ordentliche (deutsche) Staatsvolk in Bedrängnis gekommen sei, eine Entdeckung, mit der der Nationalsozialismus seinerzeit Furore machte – die ist seit 1945 obsolet und gilt ohnehin als unpolitischer „Bruch“ oder „Unfall“ der deutschen Geschichte, noch „unverständlicher“ als Sklaverei oder Kolonialismus.

[Die bisher letzten Großtaten in Europa, die manchmal doch mit Rassismus und ethnischen Säuberungen und Verbrechen von Staats wegen identifiziert werden, das sind manche Gräueltaten während der Zerstörung Jugoslawiens im Zuge – schon wieder – der damaligen Staatsgründungen. Allerdings hat es die europäische

Öffentlichkeit geschafft, diese Gräueltaten sowohl vom guten Zweck, dem sie dienen – noch einmal: Staatsgründungen –, und von der Beteiligung und Unterstützung maßgeblicher europäischer Mächte säuberlich zu trennen, und einseitig der widerspenstigen serbischen Seite zuzurechnen. Dabei hat die Position der EU, die sowohl das *Selbstbestimmungsrecht* der jugoslawischen Völker anerkannt und ins Recht gesetzt hat, als auch ausgerechnet die *innerjugoslawischen Grenzen* der früheren Teilrepubliken als die neuen Grenzen der neuen Staaten diktiert hat – die hat den damaligen Gemetzeln viel Anreiz und moralisches Material geliefert, auf das sich alle Parteien wahlweise berufen konnten: Die Siedlungsgebiete der Völker und die innerjugoslawischen Grenzen waren nicht deckungsgleich, so sahen die sich völkisch verstehenden Parteien aufgefordert, *Volk und Raum* zur Deckung zu bringen, durch Vertreibungen, Terror und Massaker. Alles das sachgerecht, denn jeder Angehörige eines anderen Volkes – gleichgültig, ob sich das jeweilige *Individuum* so versteht oder nicht – verkörpert aus der Sicht solcher Staatsgründer *den Willen und das Recht auf einen anderen Staat*, ist also ein Todfeind. Ein Ergebnis dieses europäischen Eingreifens gilt seit 20 Jahren als Absurdität: In Bosnien-Herzegowina gilt ganz konträr zu Ex-Jugoslawien das Zusammenbleiben verschiedener Ethnien als ein *Muss*. Dort dürfen die drei Teil-Kollektive das nicht, was zumindest zwei davon wollen und was in Jugoslawien unbedingt sein musste, damals: die Trennung ist denen verboten. Ein irgendwie gearteter politischer Wille zu einem Staat Bosnien-Herzegowina ist nicht absehbar, politisch-militärische Gewalt ist nur auf Seiten der Aufseher vorhanden, also vertritt ein sog. „Hoher Repräsentant“, quasi ein von Europa eingesetzter Diktator, einen Staat, den keines der beteiligten Völker will – weil auch hier unbedingt das europäische Diktat gelten muss. Aber alle Gräuelt und alle rassistischen Massaker gehen im Nachhinein auf das Konto derer, die sich dem Diktat der europäischen Vernunft widersetzt haben.]

Auch dort, wo man heute der Kategorie des „lebensunwerten Lebens“ leibhaftig begegnet, nämlich im „Friedhof Mittelmeer“, wie der Franziskus in Rom sagt, auch dort ist ein offenes Bekenntnis der europäischen Staaten zu den eigenen Taten nicht zu haben. Keiner wird offensiv und erklärt diejenigen, die man absaufen lässt, für minderwertig und insofern keinen Aufwand wert, auch wenn das der praktizierte Standpunkt ist. Sogar da gibt es Versuche, das Ersaufen-Lassen letztlich irgendwie als im Interesse der Erroffenen darzustellen:

„Die EU-Marinemission habe letztlich dazu geführt, dass mehr Menschen im Mittelmeer gestorben seien, ‘weil immer mehr Migranten durch die Aussicht auf Rettung angezogen wurden’, argumentiert Kurz.“ (Standard 4.2.2020)

Die EU soll sie absaufen lassen, um dadurch diejenigen zu retten, die dadurch abgeschreckt werden und daher gar nicht erst versuchen, aus ihren unerträglichen Lebensumständen abzuweichen – so dass Europa diese erfolgreich abgeschreckten Flüchtlinge im weiteren Verlauf auch nicht mehr absaufen lassen muss, wodurch sie erfolgreich gerettet wären. Der triviale Grund der Absage – „wir“ haben sie nicht bestellt, brauchen sie nicht, wollen nichts mit ihnen anfangen, sie sind lästig – lässt mithin durchaus eine moralische Einkleidung zu: „Wir“ handeln beim Ersaufen-Lassen im wohlverstandenen Interesse der Flüchtlinge! Ekelhaft? Kann sein, aber man kann dem entnehmen, wie wenig geistiger Aufwand für so eine Moral nötig ist; und wenn sich Flüchtlinge nicht abschrecken lassen – sind sie dann nicht endgültig unbelehrbar und selbst schuld?

Die existentielle Unterscheidung zwischen der „eigenen“ und „anderen“ Menschensorten, die während der Gründungsphase zugespitzt und feindselig abgewickelt wird, die endet nicht mit der Saturiertheit neuer Souveräne. Im Mittelmeer zeigt sie sich radikal und tödlich, im staatlichen Alltag vergleichsweise

zivilisiert. Die sachgerechte Behandlung ankommender Menschen von außerhalb, also von Leuten, die im Ausgangspunkt definitiv nicht zu den „eigenen“ gehören, beginnt schon mit der entscheidenden Frage, ob solche „anderen“ überhaupt hereindürfen, das je eigene Territorium überhaupt betreten dürfen. Die Antwort richtet sich strikt und ausschließlich nach dem Interesse oder eben Desinteresse der jeweiligen Macht an der Brauchbarkeit der potenziellen Ankömmlinge für die eigenen bzw. für die im Land gültigen Interessen. Daran bemessen sich die *Rechte*, die Leuten von außerhalb zugestanden werden oder eben nicht.

[Nach ihrem *Rechtsstatus* unterscheiden die europäischen Ordnungen zwischen den „eigenen“ Inländern; dazu kommen EU-Bürger mit der Niederlassungsfreiheit, die sich also im EU-Raum bewegen und Geld verdienen dürfen, allerdings mit Einschränkungen bei der Berufsausübung und im Sozialbereich; dann reguläre Angehörige dritter Staaten mit durchaus unterschiedlichen, abgestuften Berechtigungen; und dann Flüchtlinge in wieder differenzierten Kategorien, je nach Stand des Verfahrens, und schließlich sogenannte „Illegale“, die auf dem jeweiligen Territorium völlig unerwünscht und unberechtigt sind, und das auch zu spüren kriegen.]

Nach ihren *Funktionen* sind da einmal *Touristen* zu nennen, die werden durch Werbemaßnahmen extra angelockt, sie sollen ihr Geld mitbringen und im Land lassen, dann wieder heimfahren, neues verdienen und wieder kommen – denn arbeiten dürfen sie hier nicht, ihr Aufenthalt ist außerdem befristet, und sie müssen genug Geld mitbringen, um ihre Heimkehr zu finanzieren. Solange das zufriedenstellend läuft, wird nicht übermäßig kontrolliert, aber auch ein als Tourist ins Land gekommener Mensch kann gegen seine darin enthaltenen Pflichten verstoßen.

Dass *Investoren* willkommen sind, die ihr Geld hier arbeiten lassen wollen, indem sie andere Leute arbeiten lassen, ist ohnehin selbstverständlich. Aber nicht nur fremder Reichtum, auch fremde Armut ist durchaus willkommen – willkommen ist ev. übertrieben – aber jedenfalls geduldet. Während der Anfänge der Benutzung von *Gastarbeitern* wurden in der Türkei und im damaligen Jugoslawien sogar Arbeitskräfte angeworben, die bei sich daheim wenig Gelegenheiten hatten, sich nützlich zu machen.

Dass Flüchtlinge inzwischen in höchstem Maß unerwünscht sind, ist bekannt, der Friedhof im Mittelmeer wurde erwähnt – vielleicht ist angesichts dessen eine Erinnerung daran angebracht, womit man es da zu tun hat. Der frühere *moralische Nutzen* von Asylwerbern und Flüchtlingen – sie sind das Material, mittels dessen der asylgewährende Staat sein abwertendes Urteil über auswärtige Verhältnisse vorträgt, ein Feindbild auf Vorrat sozusagen, mit mehr oder auch weniger praktischen Konsequenzen, die sich alle nicht aus der schlechten Behandlung „der Menschen“ vor Ort ergeben, sondern aus der jeweiligen imperialistischen Agenda –, dieser Nutzen hat sich ziemlich erledigt. Vor allem durch die erwähnte Herkunft aus den vielen westlichen Hinterhöfen in Afrika und Asien, wo das Elend so viele in Bewegung setzt. Zumindest die historisch etablierte frühere Verwendung von Flüchtlingen über einige Jahrzehnte gegen den „Osten“ zielte schließlich darauf, ein *feindliches System* an den Pranger zu stellen, moralisch zu diskreditieren – und nicht das eigene. Daher stammen auch die Konjunkturen des Flüchtlingsbetreuungswesens, die vorhandene oder fehlende moralische Brauchbarkeit von Asylwerbern. Aktuell daran zu beobachten, wenn original weißrussische oder andere Flüchtlinge aus Weißrussland ins Baltikum oder nach Polen fliehen wollen: Um eine vorzeigbare Leichtathletin aus Belarus gab es während der Olympischen Spiele einen regelrechten Wettbewerb der asylgebenden Staaten, während die polnischen Behörden keine Journalisten in das Grenzgebiet

lassen wollen, in dem sie Flüchtlinge nach Belarus zurückschieben. Das Asylwesen gilt inzwischen als Fehlkonstruktion auf Basis internationaler Abkommen wie der Genfer Konvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention, durch deren Aufkündigung sich der österreichische Staat leider aus dem Konzert der nach Eigendefinition „zivilisierten Mächte“ verabschieden würde.

So könnte eigentlich alles seine schönste Ordnung haben. Zwar tummeln sich auf dem österreichischen Staatsgebiet sehr unterschiedliche Menschenkategorien, Inländer einerseits und dann diverse Abstufungen von Ausländern, die in den Genuss höchst unterschiedlicher Berechtigungen gelangen – aber mit ungehöriger *Privilegierung* bzw. *Diskriminierung* beim Wahlrecht oder im Sozialrecht oder schon bei der Aufenthaltsbewilligung kann das nichts zu tun haben. Denn diese *Privilegierungen und Diskriminierungen* sind erstens streng rechtsstaatlich von Gesetzes wegen eingerichtet und ausdifferenziert, und sie gehorchen zweitens einem durchgängigen *Funktionalismus*, leiten also die minderen Rechte und vermehrten Pflichten der Fremden aus dem Interesse oder Desinteresse des österreichischen Staates an ihnen ab, ohne ihnen offiziell ihre Minderwertigkeit zu bescheinigen. So hat sich aus einem positiven Interesse an Fremden eine eigene Spezies im Land etabliert – die Leute mit „Migrationshintergrund“, übrigens eine Kategorie der Ahnenforschung. *Unsachliche* Diskriminierungen, womöglich rassistisch inspiriert, liegen also per definitionem nicht vor, und die vollen Bürgerrechte könnten die Betroffenen ohnehin dort genießen, wo sie herkommen, aber nicht mehr zurückwollen oder nicht mehr zurückkönnen.

Allerdings: Obwohl alle hier „Aufhältigen“ von Rechts wegen genau das kriegen oder nicht, was ihnen von Rechts wegen zusteht oder nicht, hält noch jede Regierung es für dringend nötig, allen Anwesenden permanent den entscheidenden Unterschied zwischen „Uns“ und den „anderen“ in Erinnerung zu rufen, ein nationales „Wir“-Bewusstsein zu pflegen. Es geht darum, dieses „Wir“ ständig abgrenzend präsent zu halten, wobei die genauen Grenzen zwischen „Uns“ und den „anderen“ durchaus anlassbezogen und flexibel gehandhabt werden, die sachlich maßgebliche Staatsbürgerschaft muss da nicht bei jeder tagesaktuellen Anwendung die Leitlinie sein – auch die Religion oder Kultur oder Sprache taugen schon mal zur Kennzeichnung und Bebilderung der Abgrenzung. Entscheidend ist auf alle Fälle die ständige Betonung dieser Differenz mit einem eindeutigen moralischen Gehalt, dass nämlich „Wir“ auf alle Fälle die sittlich Überlegenen sind, und daher berufen, über „die anderen“ zu richten, und schonungslos deren Defizite zu brandmarken. Mal wollen welche ins „Sozialsystem“ einwandern, wollen sich nicht „integrieren“, sind Anhänger einer „politischen“ Religion, oder einer fragwürdigen „Kultur“. So ist eine Distinktion zwischen den *Wertvollen* aus dem *Staatsvolk*, und den *Minderwertigen*, die auch hier leben dürfen, ständig präsent – auch wenn so hässliche Bezeichnungen wie wertvoll und minderwertig sich nicht gehören, weil sie „Uns“ an eine „unselige“ Vergangenheit erinnern, an die „Wir“ zu Nationalfeiertagen so gern erinnern, aber um „Uns“ zu feiern.

Ein Beispiel aus dem Privatleben für diese Hetze; es geht um die politisch erwünschte Interpretation der verbreiteten Gewalt gegen Frauen anlässlich einiger spektakulärer Fälle von Mord und Totschlag. Die aktuelle Frauenministerin besticht durch ihre Anstrengungen zur *Ehrenrettung einheimischer Täter*, wenn sie ankündigt, die Motive der Täter erforschen zu lassen, obwohl sie die schon gut kennt: Es handelt sich um „*psychische Störungen, Alkohol- oder Drogenmissbrauch und ... patriarchale Ehrkulturen, die wir in Österreich nicht haben wollen*“. (*Der Standard* 04.05.2021) Wenn *einer von uns* „seine“ Frau umbringt, ist er gestört oder besoffen, *die anderen* hingegen, die sind „kulturell“ so! Oder die im Grunde genommen

kreuzbraven Eingeborenen nehmen sich ein schlechtes Beispiel, wie von einer Kollegin zwei Jahre vorher festgestellt. Die wurde damals in einer TV-Diskussion gefragt, „*ob sie folgende Aussage tatsächlich ernst meint: ‘Man gewinnt den Eindruck, dass hier Nachahmungsstäter am Wort (sic) sind, Menschen, die sich in dieser schrecklichen Werthaltung wohl bestätigt fühlen. Offensichtlich ist die Hemmung, gegen Frauen vorzugehen, bis hin zum Mord, gesunken.’ ... ‘Meinen Sie das ernst, dass ein Österreicher eine Frau ermordet, weil Flüchtlinge hier sind?’ Edtstadler meint es ernst. Sie schwurbelte über Erkenntnisse der Kriminologie und über den Werther-Effekt. Was hängenblieb: In Österreich gibt es keine patriarchalen Strukturen, alles ist importiert.*“ (Der Standard 21.01.2019).

[Zusatz: Es entbehrt da nicht einer gewissen Ironie, was der österreichische Verfassungsschutzbericht 2018 im Abschnitt Rechtsextremismus festhält:

„Von Teilen rechtsextremer Szenen, Bewegungen und Gruppierungen wird u.a. die Position vertreten, dass das ‘eigene Volk’ zu keinen Verbrechen fähig ist. Dagegen werden Gewalt- oder Sexualverbrechen, die beispielsweise von Migranten oder Personen mit Asylstatus begangen werden, in einschlägigen (Online-)Publikationen bzw. in sozialen Medien soweit instrumentalisiert, dass strafrechtsrelevante Tathandlungen ausnahmslos von diesen verübt werden können.“
(Verfassungsschutzbericht 2018 (2019) Wien. Bundesministerium für Inneres S. 31)

So der damalige Verfassungsschutzbericht des Innenministeriums über die damalige Staatssekretärin im Innenministerium. Stimmt, zum rassistischen Ideal der homogenen Volksgemeinschaft gehört in der Tat die Vorstellung, dass diese Individuen sittlich und kulturell *übereinstimmen*, deswegen *mental und moralisch verbunden* sind, daher „alle an einem Strang“ ziehend eine „Gemeinschaft“ bilden – eine nicht wirklich zur kapitalistischen Konkurrenz- oder „Ellenbogengesellschaft“ passende Vorstellung –, und also Eingeborene von ihrer *Identität* her gar nicht anders *können*, als generell ein *umfassendes positives soziales Miteinander auszuleben*. Übergriffe, Gemeinheiten, Vergewaltigungen bis zu Mord und Totschlag müssen daher irgendwie „von außen“ kommen. Die Sottise der damaligen Staatssekretärin fügt sich in eine Selbstcharakterisierung des vorigen Bundeskanzlers, die inzwischen unter dem Stichwort „Normalisierung des Rechtsextremismus“ diskutiert wird:

„In dem Gespräch wurde auch Bezug darauf genommen, dass Kurz kürzlich gesagt hatte, dass seine Ideen vor drei Jahren noch als rechtsextrem gegolten hätten und nun umgesetzt würden. Das sei, so Kurz, keineswegs beunruhigend: Für ihn zeige das, dass damals viele naiv gewesen seien und diese nun zugeben müssten, falsch gelegen zu sein. Dieser neue Weg sei ‘richtiger und menschlicher’, was sich auch darin zeige, dass die Zahl der Toten im Mittelmeer massiv zurückgegangen sei.“
(Gespräch in der ZIB 2, September 2018 auf: <https://orf.at/stories/3027361/>)

Natürlich beunruhigen rechtsextreme Ideen keinen, der sie vertritt, und Einwände gegen „Rechtsextremismus“ sind einfach „naiv“, spätestens wenn der Rechtsextremismus gängige Praxis ist! Da ist der Verfassungsschutzbericht nicht mehr auf der Höhe der Zeit: Türkis verschiebt den Rechtsextremismus in Richtung Normalität – und gegen die Normalität kann es bekanntlich keine Einwände geben! Zusatz Ende.]

In dieser Diskrepanz – einerseits die ständige, manchmal an- und abflauende Hetze gegen Leute mit einer Kultur, die „wir in Österreich nicht haben wollen“, andererseits die dauerhafte Präsenz dieser herabgewürdigten Abteilung mit Migrationshintergrund, ohne die übrigens ganze Branchen zusammenbrechen würden –, in dieser Diskrepanz bewegt sich als politische Kraft die FPÖ, und im

normalen Leben der sog. „Alltagsrassismus“, zu dem sich selten wer bekennen mag: „Alle sind gegen Rassismus, aber wenn du ihn erlebst, ist niemand da?“ (Plakattext)

26. Oktober 2021 (<https://cba.fro.at/524479>)

5. Der Alltag als günstige Gelegenheit für den Alltagsrassismus

Zur Erinnerung: Am Anfang der Serie zum Rassismus und Antirassismus stand die Absage an die Vorstellung, das sei ein sprachhygienisches Problem, die rassistisch inspirierte Herabsetzung und Verachtung von nach eher unspezifischen Kriterien als nicht zu „uns“ gehörigen Leuten komme im Grunde genommen aus den sprachlichen Mitteln, aus den Formulierungen, in denen sie sich äußert. Und durch die moralische oder gleich rechtliche Unterbindung solcher Ausdrücke könne dem begegnet werden. Damit ist behauptet oder zumindest unterstellt, dass die gegenwärtige Gesellschaft und ihre Ordnung – ganz so, wie das die offizielle, staatstragende Position bei Gelegenheit behauptet – mit Rassismus nichts zu tun hat, nichts zu tun haben kann. Was natürlich die Frage aufwirft, woher das Phänomen kommt, wenn es einfach nicht wegzudiskutieren ist, und dann einem Sündenbock angelastet wird, eben der Sprache.

Meine Gegendarstellung war eingeleitet mit dem Hinweis, dass Rassismus die Menschheit in mehr oder weniger wertvolle bzw. minderwertige Menschensorten einteilt, und dass diese Einteilung, diese Unterscheidung ihren Grund und ihr Material im Unterschied zwischen einem *Staatsvolk* – oder auch dem *Volk* schlechthin ohne Beifügung, oder früher mal der *Volksgemeinschaft*, auf diese terminologischen Unterschiede soll es mal nicht so ankommen – und anderen Leuten hat, die da nicht dazugehören, aber gleichwohl anwesend sind, die in Österreich leben, ob als Minderheit oder als welche mit Migrationshintergrund. Die normale Ausdrucksweise, in der diese Differenz ständig präsent ist, ist das national verstandene „wir“.

„Wer ist Wir?“ lautet das Thema eines demnächst stattfindenden Redewettbewerbs für Schüler, bei dem jede Rede halb auf Deutsch und halb in einer anderen Sprache gehalten werden muss. Die darin verborgene Botschaft lautet natürlich: Mehrsprachigkeit ist eine Stärke, keine Schwäche. Und ferner: Menschen, die anderswo geboren sind und eine andere Muttersprache haben, gehören auch zum Wir. Diversität und Vielfalt sind seit Jahrhunderten Teil der österreichischen Identität. Der Wettbewerb wird von einer NGO organisiert. Die offizielle Linie in Österreich sieht freilich anders aus. ‚Wir‘ sind die Einheimischen, und wer dazugehören will, muss einen kaum zu bewältigenden Spießrutenlauf hinter sich bringen, an dessen Ende – vielleicht, vielleicht aber auch nicht – ein österreichischer Pass stehen könnte.“ (Der Standard 28.10.2021)

Das „wir“, um das es hier geht, ist also umstritten und manchmal unscharf abgegrenzt – aber in dem Kommentar kommt noch eine ziemlich realitätsnahe Sicht zum Ausdruck: Es geht um die *österreichische Identität*, und nicht um irgendeine Gruppe, die sich für einen gemeinsamen Zweck findet. Es hat etwas mit Staatsbürgerschaft zu tun, und in dem Status findet ein diesbezügliches Bedürfnis ein Ende, seine Erfüllung. Das Individuum ist damit vollberechtigter Staatsbürger, was Anwürfe im Alltag übrigens nicht ausschließt. Andere Darstellungen sind da etwas radikaler. In einem kritischen Buch über „Populismus für Anfänger“ wird das „Wir“ gleich als Erfindung abgetan, weil es sich eben um eine von „oben“, vom Staat gesetzte Veranstaltung handelt:

„Erfinden sie eine Gesellschaft, die nur aus zwei Gruppen besteht: den WIR und den ANDEREN. ... Die wichtigste Bezeichnung für die WIR ist ‘das Volk’. ... Wer ist aber ‘das Volk’? ‘Das Volk’ – und das ist der zentrale Punkt – gibt es gar nicht. Es ist schlichtweg eine Erfindung. ... ‘Das Volk’ und die WIR ... sind aber eine reine Erfindung, ein Märchen, eine Fiktion. Die WIR sind idealisierte Menschen, die nirgendwo anzutreffen sind. Sie sind nur ‘brav’, ‘arbeitsam’, ‘bürgerlich’, ‘modern’, ‘tüchtig’ und so fort. Innerhalb dieser WIR-Gruppe gibt es keine Konflikte, keine Spannungen, keine Probleme. Es ist die erfundene heile Welt einer frei erfundenen Gruppe.“ (Walter Ötsch / Nina Horaczek: Populismus für Anfänger, Frankfurt am Main 2017 S. 13 ff.)

Nun ja. Das (moderne, das heutige) Volk gibt es schon, indem es den Staat gibt. Das Volk ist die Gesamtheit der Bürger, die ein Staat zu den seinen zählt, und deswegen mit den Grund- oder Bürgerrechten ausstattet. Und eine Idealisierung – des Volkes, z.B. – ist schon etwas anderes als eine Erfindung, als ein Produkt der reinen Phantasie. Wenn da Leute schon idealisiert werden – ‘brav’, ‘arbeitsam’, ‘bürgerlich’, ‘modern’, ‘tüchtig’ – dann sind diese Attribute doch als *Ansprüche* kenntlich, als Forderungen, die demokratisch gewählte Politiker an ihre lieben Österreicher stellen, auch wenn diese Ansprüche gleich als Komplimente daherkommen. Und für diese Ansprüche werden sie vereinnahmt, indem sie als das „Wir“ tituliert werden. Solche Forderungen wie „arbeitsam“ und „tüchtig“ und bei Gelegenheit auch „anständig“, die bleiben ohnehin nicht dem guten Willen oder den Launen der Betroffenen überlassen.

Dafür sorgt die hoheitliche Gewalt, die die österreichische Lebenswelt prägt und definiert: Man muss sich im Ausbildungswesen bewähren, indem man zusätzlich zu dem, was man da lernt, auch noch besser und schneller lernt als die lieben Mitschüler bzw. Konkurrenten; anschließend muss man sich am Arbeitsmarkt behaupten bzw. es wenigstens versuchen, wo man ebenfalls mit anderen verglichen wird, die auch Geld brauchen; und mit den Resultaten in Sachen Einkommen muss man dann schauen, wie weit man (als Frau oder Mann) am Markt für Konsumgüter und am Wohnungsmarkt kommt. Zwischendurch ist Mann auch noch mit der Erfüllung einer Wehrpflicht oder eines Wehrersatzdienstes befasst.

Das alles ist alternativlos, dafür sorgen die Eigentumsordnung und die jeweiligen Märkte sowie die staatlichen Veranstaltungen wie eben Ausbildung und Ehe und Sozialversicherung und Bundesheer. Die Redeweise davon, dass „das Leben ein Kampf“ sei, die spielt auf die einschlägigen Erfahrungen im Alltagsleben an, in dem die eigenen Bemühungen um Ausbildung, um ein Einkommen, um eine Wohnung und sogar um eine Beziehung oft von übergeordneten Instanzen oder Konkurrenten, die den eigenen Interessen im Wege stehen, konterkariert werden. Da erfährt man in der Regel neben einigen Erfolgen auch viele Niederlagen und Misserfolge. Man ist mit seinen Bemühungen eben in ein fix vorausgesetztes System der Geldvermehrung eingespannt, das jedem individuellen „Streben nach Glück“ den verbindlichen Rahmen vorgibt. Das heißt für den großen Teil der Gesellschaftsmitglieder, dass sie, um für sich Geld zu verdienen, sich mit ihren Fähigkeiten und Kenntnissen als brauchbar für eine Firma, einen Betrieb erweisen müssen, also sich im Dienst an *fremdem Reichtum* bewähren müssen, in der Regel mit viel Einsatz, mit Beflissenheit und Bescheidenheit bei der Entlohnung, was die Politik dann öfter lobend erwähnt. Diesen äußeren Ansprüchen ist zu genügen, der unvermeidliche Ärger mit Vorgesetzten und Kollegen ist auszuhalten.

Man kann nun die Ungemütlichkeiten einer kapitalistischen Erwerbsgesellschaft samt Familienleben auf konstruktive Art und Weise deuten und interpretieren. Man kann aus der eigenen Anpassung an die erwähnten Einrichtungen, aus dem aufgenötigten

Mitmachen, zu dem praktisch keine Alternativen vorgesehen sind, eine Gewohnheit machen, eine Selbstverständlichkeit, weil es halt nun einmal so ist, wie es ist. Man kann die äußeren Umstände gleich noch als Normalität interpretieren, in die man halt eingespannt ist – und die eigenen Bemühungen, für eindeutig *normal* halten. Man kann diese banale Normalität auch als das deuten, was sie ist, nämlich glatt als die *hiesige Norm*, als ein Imperativ, dem man selbst und alle anderen zu folgen haben. Nicht nur, weil es eben so ist, sondern vor allem, weil sich das auch so gehört, als das Befolgen eines nicht nur vorgeschriebenen, sondern auch anständigen, ehrenwerten Kanons – dessen Zwangscharakter man durch Gewöhnung längst zur Selbstverständlichkeit veredelt hat, ohne ihn zu leugnen. Denn im verbreiteten Stolz auf die Erfüllung von vorgegebenen Pflichten kommt durchaus zum Ausdruck, dass da Leute sehr fremdbestimmt agieren. Dieses eigene Mitmachen kann man eben auch als praktizierte *Moral* deuten, nicht bloß als erzwungene Anpassung – sondern eben als *gelebten Anstand*, vor allem dort, wo die Anpassung auf Verzicht, Zurückstecken und Resignation hinausläuft.

Wenn man alle diese Verwechslungen und Übergänge – Mitmachen, Anpassung, Gewohnheit, Selbstverständlichkeit, Unterwerfung, Normalität, Norm, Pflicht, Anstand und Sitte – hinter sich hat; wenn man alle diese Interpretationen und Stellungen zu den vorausgesetzten Verhältnissen in jeder beliebigen Richtung und in jeder Reihenfolge verwechselt, wenn man gefühlsmäßig alle miteinander in eins setzt, dann ist man angekommen in dem, was „Heimat“ ist. Heimat ist nämlich keine Gegend, sondern wirklich ein Gefühl, das einen die missbräuchliche Verwendung eines Possessivpronomens erleben lässt: Heimat besteht darin, dass man alles Mögliche und Disparate, was einem garantiert nicht gehört und nie gehören wird, sehr ideell und quasi-eigentumsmäßig, als „mein“ oder „unser“ interpretiert. Der Heimatbewusste schließt von seiner gewohnheitsmäßigen Anpassung an die hiesigen Umstände sehr kühn darauf, dass die furchtbar gut zu ihm passen, also mehr oder weniger extra *für ihn* und seine Selbstverwirklichung gemacht sind, also in dem Sinn ganz fundamental die „seinen“ sind. In dieser leicht verfremdeten Form akzeptieren viele Leute die – sachlich und nüchtern gesehen – Unterwerfung unter die von der hiesigen Obrigkeit erlassenen politischen und ökonomischen Richtlinien und deuten sie in Umkehrung des tatsächlichen Verhältnisses als genuine Verwirklichung ihres Willens, ihrer Bedürfnisse. Letztlich als Realisierung ihrer „Identität“. Wer sich auf diese Weise mit den Verhältnissen „identifiziert“, in denen er steckt, der definiert dann auch seine Identität durch die die Verhältnisse, in denen er drinnen steckt, und will unter Umständen ein Recht, sein Recht auf seine Umgebung daraus ableiten: Darauf, dass die Lebensumstände so sind und bleiben, wie sie sind, weil er drinnen steckt und daher ein quasi natürliches Recht auf seine Umgebung hat, weil sie doch die seine ist, weil sie für ihn gemacht ist. Kann man übrigens momentan an den Protesten gegen die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Epidemie beobachten: Sachlich werden bloß ein paar obrigkeitliche Erlaubnisse und Beschränkungen modifiziert – aber es gibt offenbar Leute, die die vorherigen Erlaubnisse und Beschränkungen für so etwas wie ihren persönlichen Besitz halten, und sich auf dem Weg in die Diktatur wähnen. (Wäre ein anderes Thema.)

Woraus (für Heimatbewusste) schlagend klar wird, dass diejenigen, die nicht schon immer hier und auf diese Weise „verwurzelt“ sind, dass die eben nicht hierhergehören bzw. mindestens ein Problem sind. Sie können diese Stellung zum hiesigen Gemeinwesen im Grunde genommen gar nicht hinkriegen, weil sie das nicht von klein auf verinnerlicht haben. In den Sitten und Gebräuchen ist ein umfangreiches Vorschriftenwesen und die dauernde Anpassung enthalten, eine

ordnende übergeordnete Gewalt und die je eigene Unterordnung gehört dazu – das wird zwar ohne allzu viele Details, aber in allgemeiner Form durchaus mitgedacht und mitgemeint. Viel wichtiger ist aber Leuten, die sich auf diese Weise als *ein Volk* verstehen, die idealisierte Lesart dieses Verhältnisses: Weil sich alle an das halten (müssen), was hier gilt, soll es sich jenseits dessen, *woran* sich alle halten müssen, um eine ganz eigene Gemeinschaft mit einem ganz eigenen wertvollen Sittenkodex handeln, der also „uns“ auszeichnet und „uns“ darüber zu einem ganz eigenen Menschenschlag macht. Diese idealisierte Vorstellung von der nationalen Gemeinschaft, die existiert vor allem in der Selbstverständlichkeit, mit der alle Welt den Plural „wir“ verwendet, wenn vom „eigenen Staat“, wenn von der Republik Österreich die Rede ist; das machen durchaus auch Leute, die einem „Heimatbegriff“ womöglich skeptisch gegenüberstehen. Das normale, gewöhnliche, unspektakuläre „wir“ transportiert das Bild von der Community, die „wir“ sind oder wenigstens sein könnten oder sollten, und in der alle gut bedient wären und auf ihre Kosten kämen – wenn sich alle an das halten würden, was sich gehört. Dann wäre die Welt in Ordnung – und das ist nicht so weit weg von der rechtsradikalen Position, dass das „eigene Volk“ eigentlich harmonisch, konfliktfrei und ohne größere Kriminalität unterwegs wäre.

Mit dem „Heimatgefühl“ steht der wesentliche Befund über Fremde, Ausländer und Flüchtlinge fest – und zwar ziemlich gleichgültig bezüglich dessen, was die tatsächlich in Europa machen oder nicht: Die haben sich eben nicht von klein auf den hiesigen Sitten unterworfen, die sind also nicht so angepasst worden wie „wir“ – sie sind also nicht so wie „wir“, haben unsere Sitte und unseren Anstand nicht so verinnerlicht wie „wir“, sind also in keiner Weise verlässlich wie „wir“, also verdächtig und in dem Sinn womöglich ein Anschlag auf die hiesige Moral bzw. zumindest ein Problem. Leute, die nicht schon immer „dazugehören“ – woran auch immer der autochthone Wurzelösterreicher das entdeckt –, die stehen im Verdacht, nicht fähig und/oder nicht willens zu sein, sich an das zu halten, was sich hierzulande gehört. Wer die Deduktion von Unterwerfung und Anpassung bis zum eigenen Anstand hinkriegt, der schafft auch die gegenläufigen Folgerungen von „fremd“ ist gleich „anders“, ist gleich „abweichend von der Norm“, ist gleich ein „Verstoß“ gegen die guten Sitten, also womöglich ein Angriff auf diese. Der Verdacht sucht und findet dann seine Belege. Vor allem darin, dass die Fremden doch aus eigenem Antrieb, aus ihrem Interesse an einem besseren Leben, also aus Egoismus kommen.

Fremde Gebräuche – es sei mal dahingestellt, ob Einwanderer wirklich so anders leben wie Einheimische in den entsprechenden Etagen von arm und reich – werden von den Hardcore-Heimattreuen nicht als auch eine Variante der Lebensbewältigung gleichgültig bemerkt, als ein Teil des Pluralismus der Lebensstile und Subkulturen, sondern als Infragestellung, als Verstoß gegen die eigene Lebensart beurteilt, als Verweigerung des Konformismus, der „uns“ zu einer Gemeinschaft macht, als Parallelgesellschaft. Spätestens an den Ansprüchen gegenüber Fremden auf „Integration“ wird über die einheimischen Sitten noch einmal eines deutlich: Sie haben den Zwangscharakter von Pflichten, den Charakter einer Unterordnung – und das bringen die Fremden möglicherweise nicht, weil sie zwar genau solche determinierten, geprägten Abziehbilder der Verhältnisse sind, aber eben ursprünglich anderer, auswärtiger Verhältnisse.

Allerdings täuschen sich die Fanatiker der Heimat, so sehr sie auch ideologisch hofiert werden, doch in ihrem Gemeinwesen und dessen Prioritäten. Da mag von Seiten der Politik der Unterschied zwischen „uns“ und den anderen bei jeder Gelegenheit betont und hervorgehoben werden – im Alltag sind die Migrant*innen in einer sehr wesentlichen Hinsicht gleichgestellt: sie sind genauso brauchbar und sie

werden auch gebraucht für das ökonomische Wachstum, auf das es über alle Phasen von Konjunktur und Krise hinweg ankommt. Deswegen werden sie nicht weniger, und Bevölkerungspolitiker rechnen sogar einen ständigen Bedarf nach menschlichem Zustrom hoch, aus den Geburtenraten und der nationalen Alterspyramide. Manche Eiferer des wahren Österreichtums belassen es angesichts dessen nicht beim Wählen der FPÖ, sondern werden eigeninitiativ. Gelegenheiten dazu haben sie.

Denn im Alltag des Klassenstaates und seiner staatlichen Verwaltung blamiert sich permanent das Ideal von der freiheitlichen und gleichheitlichen und solidarischen Gemeinschaft, das im „wir“ ausgedrückt ist. Die hiesige Ordnung ist ein Sammelsurium von Über- und Unterordnungsverhältnissen, von Weisungsbefugnissen und Pflichten, von Abhängigkeiten und Konkurrenzverhältnissen samt den entsprechenden unangenehmen Verhaltensweisen in den praktischen Verlaufsformen von Unfreiheit und Ungleichheit. Bei Arbeitgebern und Arbeitnehmern handelt es sich um ein wechselseitiges Benutzungsverhältnis – diese wollen Geld, jene wollen Leistung –; da ist klar, wer am längeren Hebel hantiert, erst recht, solange es ein Überangebot an Arbeitskräften gibt. Sobald es das nicht gibt, erhört die Politik den Ruf der Wirtschaft und debattiert sofort über Zumutungen für Arbeitslose und / oder zusätzliche Kontingente auswärtiger Arbeitskräfte. Was heißt da „wir“? Im Ausbildungswesen gehört es sich zwar nicht, die Lehrenden als Vorgesetzte zu titulieren, aber dass es sich bei denen um die Instanzen handelt, die Forderungen an ihre Zöglinge stellen und diese beurteilen, darüber täuscht sich auch niemand. Was heißt da „wir“? Dass die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft am Wohnbedürfnis der Leute verdienen darf und soll, ist klar, weswegen die Klagen über unerschwinglichen Wohnraum ein Dauerthema sind. Was heißt da „wir“? Dass es, wenn die kalte Jahreszeit kommt, spätestens um Weihnachten die üblichen und gar nicht außergewöhnlichen Berichte zu bestaunen gibt, die von einer sehr unangenehmen Alternative für etliche Haushalte berichten – entweder warme Wohnung oder anständiges Essen –, das ist normal und gewohnt. Was heißt da „wir“? Dass viele Betroffene so ihre Erfahrungen mit der Sozialbürokratie und der Verwaltung im Allgemeinen machen, und öfter abschlägig beschieden werden, gehört zum Way of life – was heißt da „wir“?

Diese Erinnerung an die Sitten und Gebräuche der Leitkultur soll deutlich machen, dass beim sogenannten „Alltagsrassismus“ nichts groß neu erfunden wird in Sachen Schikane und Gemeinheit. Ob man eine Wohnung nicht kriegt; oder wegen des „falschen“ Vornamens oder eines Kopftuches gar nicht erst zum Vorstellungsgespräch eingeladen wird; ob in einem Amt wem geholfen wird, der oder die sich nicht so gut auskennt – oder ob das gegen diese Person verwendet wird und man sie auflaufen lässt; ob ein wohlmeinender Lehrer vom Besuch der höheren Schule abrät – natürlich im Interesse eines Schülers, der sich ev. schwer tun würde; ob ein Bürgermeister einen Hauskauf verhindern will, weil er findet, Muslime passen nicht in seine Gemeinde; ob ein Restaurant oder eine Disko die Gäste selektiert, weil es auf ein gewisses Publikum mehr Wert legt als auf anderes; ob Ordnungskräfte bei fremd wirkenden Leuten ganz genau hinsehen – das sind alles etablierte Kompetenzen, Befugnisse, Spielräume oder wenigstens Grauzonen. Sicher, das Beschimpfen einer Kopftuchträgerin in der U-Bahn gehört sich eindeutig nicht, was auch kein Hindernis dafür sein muss – aber alle rechtlichen Diskriminierungsverbote geben eher darüber Auskunft, was da alles zum Alltag gehört und nicht endet.

Dem setzen antirassistische Initiativen ihre Vorstellungen von Gleichheit und Menschenrecht entgegen, und damit soll es beim nächsten Mal weitergehen.

Lesetipp: Einmal Rassismus allgemein, dann anlässlich eines der letzten Toten in den USA.

<https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/rassismus>

<https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/vom-rassismus-einer-freiheitlichen-egalitaeren-staatsgewalt>

02. November 2021 (<https://cba.fro.at/525460>)

6. Macht der Sprache und Reden über Diskriminierung

Thema ist die weitere Diskussion zu Einwänden zum Beitrag vom 28. September, begonnen schon Ende November; im Zweifelsfall bitte die früheren Beiträge nachlesen.

Sir Sonnleitner:

„Damit entspricht die ganze Sprachkosmetik den Interessen der herrschenden Klasse, weil der pseudo-emanzipatorische Gestus mit seiner Fixierung auf Scheingegensätze (Frauen-Männer, Weiße-Bunte, Inländer-Ausländer, „Queere“, „Binäre“ etc.) eben just dazu dient, vom entscheidenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit abzulenken, ja ihn zu verschleiern und quasi aus dem Bewußtsein zu tilgen. So ist es nur folgerichtig, daß da, wo Zigeunersoße das Problem ist, Ausbeutung kein Problem mehr ist. Insofern scheint mir Frau Wagenknecht sehr genau ein Strategem im Klassenkampf von oben decouvert zu haben.“

Zum „Scheingegensatz Frauen – Männer“ und zum Klassenkampf bei Wagenknecht

„Gegensatz“ ist kein Ehrentitel, den sich Konflikte oder Antagonismen erst verdienen müssten, womöglich durch ihre „Systemrelevanz“. Wenn in schöner Regelmäßigkeit Männer nicht irgendwelche Frauen umbringen oder verletzen, sondern „ihre“ Frauen oder ihre sog. „Ex“; wenn der gefährlichste Ort in der Gesellschaft – für Frauen – die (gemeinsame) Wohnung der Familie ist; und wenn die Situation häufig mit ihrer Ankündigung, sich trennen zu wollen, eskaliert – was ist da los im Verhältnis der Geschlechter?! Diese Frage kann man sich doch stellen, erst recht, wenn man merkt, wie sich die Politik auf das Thema setzt und es ausschachtet, sobald ein Ausländer oder Asylwerber der Täter mit der Unschuldsvermutung ist. Sobald aber ein einheimischer Polizist seine Frau oder Verlobte umbringt oder sobald ein hiesiger Jugendlicher eine schwangere Freundin absticht, sind dieselben Figuren still wie die Mucksmäuschen. Und mit dem Hinweis, dass die Täter in der Regel Männer sind, ist auch noch nichts geklärt, da gehört schon noch mehr dazu. Klar, da stehen sich in der Regel je ein Mann und eine Frau gegenüber, und nicht zwei Kollektive wie beim Klassengegensatz, sobald sich die Proletarier mal zusammengeschlossen haben. Sich auch mal darüber den Kopf zu zerbrechen, das ist weder eine Ablenkung vom Klassengegensatz noch eine „Verschleierung“ desselben. Erst recht nicht, wenn einem die üblichen Berichte gar nicht gefallen, und man deswegen dem üblichen Berichtswesen was entgegensetzen möchte. Übrigens, Wagenknecht lässt sich genau wie Sir Sonnleitner dadurch auch nicht „ablenken“. Ich übrigens auch nicht. Und wenn man schon der Meinung ist, der Klassengegensatz sei der „entscheidende“, und andere Streitgegenstände im Vergleich dazu gleich ein ziemlicher „Schein“, dann scheint mir doch angebracht, das auch zu argumentieren, und nicht nur zu behaupten. Verweise hiermit auf die Serie „Die Familie etc.“

Dass die „Eigentumsverhältnisse“ der springende Punkt des bürgerlichen Ladens sind, da stimme ich natürlich zu, und das ist in meinem Koordinatensystem das, was den *Marxismus* kennzeichnet, das ist dessen Alleinstellungsmerkmal.

Demgegenüber sind „rechts“ und „links“ Varianten bürgerlicher Politik, wobei „rechts“ für Recht und Ordnung steht und Eigentum, das Niederhalten und Niedermachen von Opposition ab und an inbegriffen – und „links“ steht für das Bedürfnis, der Staat müsse sich wegen der Wirkungen des Eigentums auf die, die nicht viel davon haben, um ebendiese Armen kümmern, damit die trotz ihrer Armut ihre notwendigen Dienste im Staat, in der Wirtschaft und in der Familie verrichten können. Und dieses Kümmern von Staats wegen ist in den letzten Jahren ausgedehnt worden, auf andere Gruppen Benachteiligter, alles auf Basis der Vorstellung, die Behandlung der sozialen Frage sei hinreichend eingetütet, indem sie schon längst in den „Regelbetrieb“ der Staaten übernommen wurde. Da wird, wie schon mal erwähnt, nichts verschleiert oder aus dem Bewusstsein getilgt, sondern da ist die „soziale Frage“ ständig präsent – im letzten deutschen Wahlkampf als Frage nach dem „Respekt“, der auch armen Leuten gebührt, die deswegen wenigstens einen Mindestlohn verdienen sollten. Darüber kann man bei Gelegenheit gern mal diskutieren, aber verschwiegen wird im modernen Staat nichts, die Gemeinheiten sind in all den Fürsorgemaßnahmen enthalten, mit denen das Proletariat beglückt wird. Und in die Frage, wer oder was sich denn nun mit Fug und Recht „links“ nennen darf, die Frau Wagenknecht oder die „selbstgerechten“ Linken, will ich mich lieber nicht einmischen.

Wenn Wagenknecht „ein Strategem – eine (Kriegs)List – im Klassenkampf von oben decouvertiert“ hat, so folgt daraus m.E. mitnichten, Wagenknecht wäre deshalb eine Proponentin des Klassenkampfes *von unten*. Meines Wissens ist einer ihrer wesentlichen Vorwürfe an die „selbstgerechten“ Linken, diesen mangle es an Empathie (deutsch: Einfühlungsvermögen, Mitgefühl), die würden sich also aus Mangel an Mitleid oder so nicht genügend um die Armen kümmern, die da selbstverständlich als Ansammlung von Betreuungsfällen unterstellt sind – das ihr Vorwurf. Nun, wenn es wirklich so weit gekommen ist, dass sich das frühere Proletariat inzwischen zu den sog. „kleinen Leuten“ weiterentwickelt hat, die auf das *Mitgefühl* der „großen Leute“ in Politik und Wirtschaft angewiesen sind, und dazu gehören wohl auch gewählte Linke in Machtpositionen – dann ist ohnehin Hopfen und Malz verloren ...

*

Exkurs: Zum Leistungsidealismus des Antirassismus

Es gibt in dieser besten aller möglichen Welten eine so flächendeckende wie eklatante Benachteiligung, die nicht als solche gilt, die zumindest nicht als Diskriminierung gilt, weil sie die dieser Gesellschaft eingeschriebene, ihr immanente, quasi die natürliche und „angeborene“ Benachteiligung ist: Das ist der Mangel an Geld. Wer sich Güter, die es reichlich gibt, nicht leisten kann, weil die Dinger halt verkauft werden wollen, der ist ohne Zweifel benachteiligt gegenüber anderen, aber eben nicht diskriminiert, oder zumindest nicht rechtlich gesehen diskriminiert. Weil diese seine Benachteiligung völlig ohne Ansehen der Person allein auf Basis des Geldbeutels vollstreckt wird. Diese Welt des Geldverdienens und des Geldausgebens ist obendrein eine voll von *Ungerechtigkeiten* – auch das ist politmoralisch durchaus anerkannt und registriert, indem es die zuständigen Institutionen und Verfahren gibt, wie Lokführerstreiks, Gewerkschaften, linke Parteien, Sozialstaat und Arbeitsamt und Sozialhilfe und Sozialmärkte und „Tafeln“ für zertifizierte Bedürftige. (Wenn „Ausbeutung“ heute kein Problem mehr ist, dann liegt das nicht daran, dass der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit durch das Zigeunersaucenproblem aus dem öffentlichen Bewusstsein getilgt worden wäre, sondern daran, *wie dieser Gegensatz ständig präsent ist*, in der gesellschaftlichen Praxis und in der Öffentlichkeit: Nämlich als seine Verwaltung durch die erwähnten

Instanzen, die sich um Gerechtigkeit wenigstens bemühen. Für die ebenfalls als bescheiden öffentlich anerkannten Resultate kann die Umbenennungsfraktion wirklich nichts.)

Die „political correctness“ will ihre Schutzbefohlenen erst noch so richtig in genau diese Sorte Gerechtigkeit hineinmanövrieren, weil sie glaubt, die Würden durch vorgelagerte und zusätzliche Hindernisse beim Geldverdienen und Geldausgeben öfter ihrer *Chancengleichheit* beraubt – Hindernisse, die dem Geldwesen eigentlich fremd seien. Stimmt denn das? Ganz bestimmt sogar! Die Frage ist bloß, ob das diesem System wirklich wesensfremd ist! Denn wenn zehn Leute *eine* bestimmte Wohnung oder *einen* bestimmten Job wollen, dann schauen neun davon nun einmal durch die Finger. Nun kann man sich ohne Zweifel den Kopf darüber zerbrechen, wer das begehrte Gut noch nötiger braucht als die anderen Bewerber, oder wie das begehrte Gut ganz gerecht den überzähligen Bewerbern vorenthalten werden könnte. Diese Überlegungen sollte man aber lassen, denn die Frage ist geklärt: Es gehört allemal zur *Freiheit* des jeweiligen *Eigentümers*, da seine Kriterien, vielleicht auch seine Spinnereien oder „Vorbehalte“ geltend zu machen. Die Vorstellung, es gäbe im ordentlichen Kapitalismus ein unbestechliches und sozusagen „farbenblindes“ und sachlich eindeutiges Kriterium für wirklich und ganz ehrlich verdiente Chancen, nämlich die abverlangte Leistung, die täuscht sich. Der entwickelte Arbeitskräftemarkt hat es längst dazu gebracht, dass *jeder* ersetzbar ist und auch bei der nächsten Fluktuation ersetzt wird, falls er es nicht bringt, und zwar nach der maßgeblichen Meinung des Anwenders der Arbeitskraft oder des sonst wie berechtigten Vertreters des Eigentümers. Die ist das gültige Regulativ.

Ein drastisches Beispiel zur Verdeutlichung der „gerechten“ farbenblinden Chancenverweigerung: In Österreich müssen angehende Medizinstudenten seit einigen Jahren ein Auswahlverfahren in Form eines ausführlichen Tests überstehen, um zugelassen zu werden; von ca. 20000 Aspiranten wird ungefähr ein Zehntel genommen, der Rest schaut durch die Finger. Die Ansicht, man könne *vor dem Studium* und vor der praktischen Ausbildung feststellen, wer nachher ein besserer Arzt geworden sein wäre, und so könnten die wirklich „Besten“ ausgewählt und zugelassen werden, die ist absurd. Bin sicher, vom ärztlichen Wirken nach ca. 10 Jahren Ausbildung her gesehen, könnte diese Auswahl auch ein Zufallsgenerator erledigen, oder alle stellen sich in einer Reihe auf, und jeder zehnte darf studieren oder, oder ... Das wesentliche Ergebnis des momentan gültigen Verfahrens ist die schöne Schuldzuweisung an die „Versager“ und der Stolz derer, die es geschafft haben. Auf ihre „Leistung“. Der wirkliche Test auf Tauglichkeit ist dann ohnehin das Studium.

Oder: Früher mussten Bewerber für eine Stelle öfter einen handschriftlichen Lebenslauf einreichen, worauf nicht Eingeweideschauer, sondern Handschriftenexperten ihre „Schlüsse“ auf Charakter und Leistungsfähigkeit der Kandidaten zogen. Astrologen ermitteln ebenfalls aus dem Stand der Gestirne zum Zeitpunkt der Geburt solche Sachen, auch wenn das heutzutage kein Personalchef oder Manager zugibt; Psychologen hingegen sind anerkannt. Der eklatante Widersinn ist immer die Vorstellung, man könnte die relative Leistungsfähigkeit verschiedener Aspiranten messen, bevor diese die jeweilige Tätigkeit ausüben, und zwar durchaus jenseits dessen, was an fachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten verlangt ist. Die sind sowieso selbstverständlich unterstellt. Dass ein übergewichtiger Kettenraucher ein schlechter oder schlechterer Manager ist, ist Humbug – aber wenn die moderne Menschheit nun mal fest daran glaubt, so einer habe eben seine „Schwächen“ und damit *sich* nicht im Griff, was den Headhunter an seiner „Energie“ und Leistungsfähigkeit zweifeln lässt? Soll er ev. wegen „Diskriminierung“ klagen?

Kurz und bündig: Die Macht des Eigentums in Gestalt seiner ausübenden Organe und Funktionäre kann da alle ihre Kriterien frei zur Geltung bringen; die Vorstellung, es sein im Kapitalismus unbedingt nötig und sogar möglich, dass gnadenlos immer der oder die „Beste“ ausgewählt werde, ohne einen Blick auf die sonstigen Eigenheiten der Person zu werfen, ist sach- und weltfremd. Die üblichen Diskriminierungsverbote belegen wieder mal, was da täglich läuft, und ein Machthaber über Jobs oder Wohnungen oder Sozialleistungen kann seine Abneigungen im Rahmen seiner Spielräume halt zum Ausdruck bringen, solange er keine Beweise hinterlässt. Es hängt eben sehr davon ab: Sobald Personalmangel gegeben ist, nehmen Tourismusbetriebe auch Asylwerber als Lehrlinge, und beschwerten sich über die Gefahr der Abschiebung. In einer anderen Situation, bei Überangebot, sind sie dann u.U. auch wählerischer, und verlangen Deutschkenntnisse. Habe das ungarische Beispiel erwähnt, wo die Roma-Bevölkerung nach dem Systemwechsel zu Demokratie und Marktwirtschaft ziemlich geschlossen aus dem Wirtschaftsleben hinausgedrängt wurde, ohne dass dafür explizite Rassengesetze zuständig waren. Die Marktwirtschaft ist in diesem Sinn kein fairer Wettbewerb, wo allein die gemessene Leistung zählt, sondern die Nutznießer und maßgeblichen Moderatoren dieses „Wettbewerbs“, die modifizieren die „Regeln“ ständig nach ihren Bedürfnissen.

*

In Bezug auf diese Sendung haben mich indirekt auch andere Einwände erreicht, zu denen ich noch Stellung nehmen möchte. Ich muss diese Einwände notgedrungen referieren, weil mir die Stellungnahmen im Original nicht bekannt sind:

Ein Vorwurf lautet, dass andere „Positionen“, „*schnell als 'Unsinn' abgetan würden*“. Nun ja, dazu zitiere ich mich einfach im Wortlaut selber: „*Möchte einleitend gleich klar Stellung beziehen, und das dann erläutern: Ich halte die These von der 'Macht der Sprache' für Unsinn*“ – da ist ausdrücklich von einer *Einleitung* die Rede, und *Erläuterungen* werden angekündigt, die auch gekommen sind. Es wäre im Sinn einer gedeihlichen Diskussion hilfreich, wenn sich die Beschwerdeführer auf die Argumente beziehen würden, statt nur das Wort „Unsinn“ abzulehnen. Ein kleiner ironischer Schlenker am Rande: Dieser Einwand entspricht übrigens genau meinen Behauptungen über die nicht vorhandene „Macht der Sprache“: Offenbar hat sich da niemand von der „Macht“ des Wortes „Unsinn“ beeindrucken lassen, sondern die Charakterisierung wird – leider argumentlos – abgelehnt. Das Wort als solches hat eben keine „Macht“, weder über den, der es verwendet, noch über diejenigen, die es lesen oder hören – man kann sich dem Befund anschließen, oder ihn ablehnen.

Zudem wurde moniert, dass in der Sendung „*Urteile in Bezug auf gesellschaftliche Diskriminierungen formuliert würden, z.B. es sei für die jeweils 'Betroffenen' egal, wie sie bezeichnet werden, gleichzeitig jedoch bliebe die Perspektive, aus der solche Argumente formuliert werden, komplett unsichtbar.*“ Nun, nachdem Rassismus das Thema ist, gehören *gesellschaftliche Diskriminierungen* und die einschlägigen *Urteile* eben zum Kern des Themas. Dass es für „die Betroffenen egal ist, wie sie bezeichnet werden“, bezieht sich vmtl. auf die Bemerkung, dass solche Umbenennungen, ich zitiere mich, „*den Betroffenen nichts nützen, auch wenn sie erfolgreich sind; es werden eben nun nicht mehr Zigeuner, sondern Roma diskriminiert, woran man etwa erinnert wird, wenn der Papst in der Slowakei vorbeikommt und das dortige große Ghetto besichtigt, oder wenn der frühere italienische Innenminister nicht mehr Zigeuner, sondern Roma registrieren möchte, und und und ...*“ Was ist daran falsch? Es sind noch andere Ausführungen zur Lage der Roma im Kosovo und in Ungarn nach den bekannten „historischen“ Umwälzungen im Osten enthalten, mir ging es darum, dass gerade der „Fortschritt der westlichen Freiheiten“ nach Osten dort neue

Diskriminierungen hervorgebracht bzw. vorhandene Gleichstellungen abgewürgt hat, weil solche Diskriminierungen der besten aller Welten von Freiheit, Demokratie und Kapitalismus überhaupt nicht fremd sind. – (Insofern ist mir die Beschwerde über eine „unsichtbare Perspektive“ auch nicht recht klar. Bei diesen missbilligten Ausführungen handelt es sich in erster Linie um die Erwähnung von Tatsachen, die gar keiner Perspektive geschuldet sind, sondern nur einem halbwegs intakten Gedächtnis.)

Eine abgewandelte Variante des Vorwurfs lautet, dass schon das „*Sprechen über bestimmte Menschengruppen und sie betreffende Zuschreibungen*“ insgesamt problematisch sei und womöglich gar nicht zu einem „*emanzipatorischen Medium*“ passe. Das hat mir doch einigermaßen zu denken gegeben, diese nicht sehr ausführlich untermauerten Vorbehalte in Richtung auf „*Urteile in Bezug auf gesellschaftliche Diskriminierungen*“ bzw. bezüglich des „*Sprechens über bestimmte Menschengruppen und sie betreffende Zuschreibungen*“. Denn bisher bin ich davon ausgegangen, dass es darauf ankommt, WELCHE URTEILE über gesellschaftliche Diskriminierungen formuliert werden, bzw. WAS denn nun über bestimmte Menschengruppen gesagt wird – und nicht DASS überhaupt Urteile vorkommen bzw. DASS überhaupt darüber gesprochen wird. Ich bin mir nicht sicher, ob meine folgenden Überlegungen diese Einwände treffen oder völlig vorbei gehen, aber ich mach' mal einen Anlauf; falls etwas ganz anderes gemeint ist, bitte um die Information, bzw. um Korrektur.

Also: Der folgende Satz ist eine Tatsachenbehauptung: *In Osteuropa hausen viele Roma im Dreck, also unter elenden Bedingungen*. Wie gesagt, m. E. eine Tatsache, da gibt es nichts zu beschönigen. Ein etwas abgewandelter Satz lautet: *In Osteuropa hausen viel Roma im Dreck, weil die halt so sind, weil das ihnen entspricht und sie das auch verdienen*. Der zweite Satz ist die rassistische Verdrehung, die rassistische Interpretation des ersten Satzes. Rassismus als Ideologie, eben als *Zuschreibung von Eigenschaften* zu Menschengruppen besteht genau darin, dass das, was an verschiedenen Kollektiven hergestellt wird, als deren Eigenschaft und Eigenart, als deren vielleicht sogar angeborene und im Blut liegende „Art“ auszugeben. Eine historische Reminiszenz: Während der Sklaverei nicht nur in Nordamerika wurde die gewaltsame Behandlung und Benutzung der Sklaven als die entsprechende Eigenart, als die Natur schwarzer Menschen behauptet. Nun kann und will jede rassistische Weltanschauung den einen Satz – die Tatsachenfeststellung – nicht vom zweiten Satz – der rassistischen Rechtfertigung – unterscheiden. Mein Eindruck ist nun, dass sich da auch kritisch gestimmte Menschen damit schwer tun; mir kommt vor, dass die rassistische Hetze dadurch verhindert oder gebremst werden soll, dass überhaupt nicht über „bestimmte Menschengruppen“ gesprochen werden soll – egal wie – weil dann auch das verächtliche, das entwürdigende Sprechen unterbunden sein soll.

14. Dezember 2021 (<https://cba.fro.at/532332>)

7. Worüber reden wir eigentlich?! Teil 1

Im Zuge der Reihe über „Rassismus und Antirassismus“ haben mich einige Einwände erreicht, die m.E. darauf hindeuten, dass zumindest ich an einigen Zuhörern und Lesern vorbeiredete, entlang der Frage, was ist denn „Rassismus“, im Grunde genommen. Ich habe im Zuge der früheren Beiträge mal eine Definition vorgelegt, möchte jetzt aber einen anderen Zugang probieren. Ich bin nämlich auf eine Broschüre aufmerksam gemacht worden, die trägt den wuchtigen Titel „Sprache schafft Wirklichkeit“ – es geht also um das von Anfang an umstrittene Thema „Macht

der Sprache“. Die Broschüre versteht sich als Anleitung für einen „rassismuskritischen Sprachgebrauch“ in Gestalt eines „Glossar“ und einer „Checkliste“. Will also etwas probieren und so überlegen: „*Wenn das Rassismuskritik ist, was ist denn dann Rassismus?*“

Dieses Glossar bietet „schnelle Alternativen für rassistische und diskriminierende Wörter“ an, also korrekte im Unterschied zu fragwürdigen Bezeichnungen. Die Stichworte lassen sich grob einteilen in welche, die das Verhältnis des Staates zu Inländern bzw. zu Ausländern und Zuwanderern betreffen, damit möchte ich beginnen – zum anderen geht es um das Verhältnis der Staaten untereinander, Bezeichnungen wie „Dritte Welt“ oder „Entwicklungshilfe“ sollte man vermeiden. Die Broschüre stammt von einem „Antidiskriminierungsbüro Köln“, ein link dazu findet sich wie üblich in der Mitschrift dieser Sendung auf [cba.fro.at](https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/download/antirassistische-sprache.pdf) – Podcast „Kein Kommentar“. (<https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/download/antirassistische-sprache.pdf>)

Die praktische Sortierung der Menschheit

Los geht es mit einer Erinnerung an das richtige Leben. Bekanntlich ist der Globus heutzutage lückenlos in verschiedene Staatsgebiete aufgeteilt, jeder m² steht unter einer politischen Herrschaft, auch wenn es ab und an unterschiedliche Ansprüche auf dieselben Gegenden gibt. Diese Aufteilung schließt eine *Sortierung* der Menschen ein; auch die Leute sind „ihren“ politischen Gewalten zugeordnet und als Staatsbürger von diesen anerkannt und mit Rechten ausgestattet, mit staatlich anerkannten Erlaubnissen – auch da sind manche Zuordnungen umstritten. Auf Basis dieser Zuordnung der *Leute* zum *Land*, der *Völker* zu den abgegrenzten und politisch regierten *Räumen* entfaltet sich schon länger ein reger grenzüberschreitender Verkehr, der unter einer entscheidenden Prämisse steht: Wer wo hinein darf oder nicht, wer wo wie lang und unter welchen Umständen bleiben darf oder nicht, das unterliegt dem Beschluss der regierenden höchsten Gewalt. Man wurde ja durch die Pandemiebekämpfung wieder nachdrücklich daran erinnert, dass zur Grenze eben die Kontrollen gehören, die in Europa zeitweilig zurückgefahren wurden, im Zuge des EU-Binnenmarktes. Auf der Grundlage des staatlichen Interesses oder Desinteresses an Ausländern existiert eine differenzierte Hierarchie von *Privilegierungen* und *Diskriminierungen*, von sehr unterschiedlichen Berechtigungen verschiedener Leute je nach Herkunft und Funktion. Das beginnt schon mit der Frage des Visums oder Sichtvermerks, das ist eine vorab geprüfte, *auf das Individuum bezogene* Erlaubnis zur Einreise oder Durchreise oder Ausreise, je nachdem. Manche Staaten verzichten gegenüber anderen Staaten bzw. gegenüber deren Bürgern auch auf die Pflicht zum Visum. Aber im Prinzip geht es damit los.

Diplomaten etwa sind gegenüber einheimischen Bürgern privilegiert, sie genießen nämlich „Immunität“ – nicht gegenüber einem Virus, sondern gegenüber der Strafverfolgung im Land, in dem sie stationiert sind. Das soll nämlich sie bzw. ihren Staat vor Repressalien des Gastlandes schützen, darauf haben sich die Staaten geeinigt.

Touristen sollen in der Regel nach Österreich einreisen, teilweise auch ohne Visum; je nach Heimatland. Der Tourist darf aber nur befristet bleiben, er darf nicht arbeiten, um Geld zu verdienen, er muss vielmehr über genügend Mittel verfügen, um seinen Aufenthalt zu finanzieren und Österreich wieder zu verlassen – er soll ja Geld mitbringen und hier lassen. Er ist natürlich auch nicht wahlberechtigt, er darf auf Basis dieses Touristen-Status auch keine Ansprüche an den Sozialstaat stellen, es sei denn da gibt es zwischenstaatlich Abmachungen. Unternehmerische Aktivitäten fallen wieder unter einschlägige Bestimmungen. Kontrolliert werden seine Finanzen nicht generell, gegenüber den Angehörigen bestimmter Staaten über das Visum aber

schon. [Die Einzelheiten erfährt man im Außenministerium.]

Gastarbeiter wurden früher mal extra eingeladen, weil sich die damalige Vollbeschäftigung als Albtraum des Wirtschaftswachstums entpuppte: Es gab schlicht zu wenig Arbeitskräfte. Diese sog. Gastarbeiter wurden diskriminiert, sie brauchten in Österreich etwas, was der Eingeborene nicht braucht, nämlich eine Beschäftigungsbewilligung des AMS, die dem Betrieb erteilt wurde und die den Gastarbeiter einige Jahre an diesen gebunden hat. Diese Bewilligung ist auch heute notwendig, allerdings für Interessenten außerhalb der EU, denn innerhalb des Binnenmarktes gilt die Personenfreizügigkeit, d.h. EU-Bürger dürfen innerhalb der EU wohnen und arbeiten, was sich für viele Leute durch den „Brexit“ wieder geändert hat.

Asylwerber bzw. Flüchtlinge sind erwünscht oder auch nicht. Wie erinnerlich war eine weißrussische Leitathletin, die sich während der olympischen Spiele in Tokio mit der Mannschaftsführung zerstritten hatte, voriges Jahr heiß begehrt. Ihr wurde das sog. „Asyl-Shopping“ angeboten, sie konnte es sich aussuchen, sie hat aber Österreich die kalte Schulter gezeigt und Polen gewählt; man war hier enttäuscht. Chinesen aus Hongkong sind momentan begehrt, in Großbritannien zumindest, dort kriegen sie von Boris einen britischen Pass zweiter Klasse, aber immerhin. Gemessen an den Ansprüchen, die diese beiden Beispiele verdeutlichen, ist die große Masse der Flüchtlinge vor allem aus Afrika völlig unbrauchbar. Sie taugen nicht zur Feindbildpflege. Sie klagen ja höchstens jene Zustände an, für die die Weltwirtschaftsordnung und die „Globalisierung“ des Kapitals verantwortlich sind. Sicher, das Asylinteresse kann sich ändern, falls sich ein Kandidat für einen politischen „Regimewechsel“ irgendwo bemerkbar macht. Die Anfeindung des Taliban-Regimes kommt inzwischen jedoch völlig ohne menschliches Beweismaterial aus, der Afghane notiert an der Flüchtlingsbörse aktuell als eine Art „Junk-Bond“, ist wertlos, zumindest in Österreich.

Migranten – frühere Gastarbeiter oder Flüchtlinge, die zu Einwanderern wurden –, sind Leute, die eines geschafft haben: Sie haben den Schritt von vielen befristeten, bedingten, beschränkten und ständig gefährdeten Aufenthaltsbewilligungen zum Staatsbürger vollziehen können – je nach den Bedingungen, die „ihr“ neuer Staat dafür vorsieht. Ihr früherer Status klebt dennoch an ihnen, nicht nur in der Sozialstatistik: Sie sind welche mit „Migrationshintergrund“ und dürfen sich im politischen Diskurs öfter fragen lassen, ob sie wirklich schon mit Haut und Haaren und mit Geist und Gemüt in der neue Heimat angekommen sind.

Illegale sind quasi deren Gegenpol. Das sind auswärtige Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung, also Leute, die im jeweiligen Land von Rechts wegen nicht existenz-*berechtigt* sind, an denen der Staat kein positives Interesse hat, von denen er nichts will, die von Staats wegen politisch, ökonomisch und auch moralisch unbrauchbar sind. Der Genauigkeit halber gehören zu den Unbrauchbaren auch die zig-tausend Toten im „Friedhof Mittelmeer“ (der Franziskus in Rom). Die passende Bezeichnung „lebensunwertes Leben“ hat sich noch nicht durchgesetzt.

Nicht die *Sprache*, sondern die jeweilige *Staatsmacht* erzeugt diese verschiedenen „Wirklichkeiten“ von Inländern und Ausländern, und dann innerhalb der Ausländer; eine ziemlich „bunte“ Landschaft abgestufter Berechtigungen und Diskriminierungen. Diese ausdifferenzierten Sortierungen – vom vollberechtigten Staatsbürger bis zum „Illegalen“ mit allen Statuszuweisungen dazwischen –, die haben nach dem selbstgefälligen, selbstgerechten demokratischen Selbstbewusstsein mit „Rassismus“ nichts zu tun; weil alle diese Privilegierungen und Diskriminierungen sachlich begründet sind, weil sie im nationalen Interesse liegen und obendrein demokratisch-rechtsstaatlich abgewickelt werden.

Die wunderbare Welt der Rassismuskritik

Damit befasst sich auch der erwähnte „Leitfaden für einen rassismuskritischen Sprachgebrauch“. [Das Glossar mit Empfehlungen für den Sprachgebrauch ist übrigens durchgehend gegendert. Ich spare mir das, es tut der Verständlichkeit keinen Abbruch.] Er beanstandet Bezeichnungen wie „*Ausländer_in mit deutschem Pass*“ – statt einfach „*Deutsche_r*“ – als „diskriminierend“, ebenso wie die Bezeichnung „*Passdeutsche_r*“, weil „abwertend“, was ja stimmt. Jetzt kommt es allerdings schwer darauf an, wie man weitermacht. Entweder stellt man sich auf den Glossar-Standpunkt, so etwas gehöre sich einfach nicht, und wenn solche Abwertungen dennoch täglich vorkommen, dann gehören wenigstens die sprachlichen Bezeichnungen untersagt oder geächtet. Oder man nimmt zur Kenntnis, dass es offenbar das Bedürfnis gibt, zwischen Inländern erster und zweiter Klasse (Passdeutscher, Ausländer mit deutschem Pass) zu unterscheiden, und stellt die naheliegende Frage, womit man es da zu tun hat? Woher kommt das? Was kann man dem entnehmen?

Nun, noch jeder Staat behauptet von sich, mehr zu sein als bloß die Obrigkeit über die Untertanen bzw. die Bürger, mehr und Höheres als bloß ein Gewaltmonopol mit Anspruch auf ein eigenes, ihm zugeordnetes und nützliches Kollektiv. Der Staat sei vielmehr der Sachwalter eines ganz eigenen Menschenschlags, der sich durch ganz eigene Eigenheiten oder Eigenschaften von anderen unterscheidet und auszeichnet; durch eine ganz eigene „Identität“. Gängige Bilder für diese nationalen Eigenheiten sind die Sprache, die Kultur, die Tradition, die Religion etc. usw., früher auch die Abstammung. Auf die Plausibilität und die Genauigkeit dieser Bilder kommt es nicht übermäßig an, aber dass es nationale Besonderheiten geben muss, das steht fest; und darauf beruft sich die Unterscheidung zwischen den „echten“ und den bloßen Pass-Deutschen.

Die Geschichte vom nationalen Kollektiv als einer unpolitischen und vor-politisch existierenden Community, die sich einen Staat gibt, der ihre kollektiven Belange organisiert, wenn er sie beherrscht – die gehört zu den Narrativen jeder Nation, die sich damit selber ihre höhere Notwendigkeit bescheinigt. Das ist identisch mit der Auffassung, „deutsch“ oder „österreichisch“ zu sein, das sei weit mehr als die bloß äußerliche Zugehörigkeit zu einem äußeren Gewaltmonopol, wie sie sich im Pass dokumentiert. Es handle sich vielmehr um eine individuelle *Eigenschaft*, um die entscheidende „Identität“ geradezu, die einen Menschen innerlich wesensmäßig prägt und auszeichnet – und damit sei eine quasi natürliche *Bindung* an die organisierende Obrigkeit gegeben, die eine unerschütterliche Zuverlässigkeit und Parteinahme für „seine“ Nation bedinge. Wo sich der *Migrant* für seinen neuen Pass *entschieden* hat, in der Regel, damit es ihm besser gehe, was auch gern als Egoismus denunziert werden kann – da ist eben zum „Passdeutschen“ das Gegenbild des „echten“ Deutschen unterstellt; eines Deutschen, der sich nie für und schon gar nicht gegen „seine“ Nation entscheiden wollte und konnte, sondern sie als determinierende *Bestimmung*, vielleicht als sein vorgegebenes Schicksal, jedenfalls fraglos *angenommen* hat. Der Migrant wieder konnte, durch seine Herkunft von außerhalb, den neuen nationalen way of life gar nicht so radikal verinnerlicht haben, er konnte sich nicht so damit vollgesogen haben wie der Bio-Deutsche oder der Wurzel-Österreicher, er konnte die Bindung an die Nation, die den Patrioten auszeichnet, gar nicht so unabweisbar entwickeln und ausbilden.

An diese gängigen Vorstellungen von Nation streift der rassismuskritische Leitfaden ein klein wenig an, und er quittiert diese Essentials moderner Staatlichkeit mit radikalem Desinteresse. Denn wenigstens die Migranten, die es bis zur neuen Staatsbürgerschaft geschafft haben, wo also staatsrechtlich wirklich alles in Ordnung

ist, die sollten sprachlich in Ruhe gelassen und nicht mit abwertenden Bezeichnungen bedacht werden.

Statt des Wortes „*Einheimische_r*“ „*als Bezeichnung für Deutsche ohne Migrationshintergrund*“, wird als Alternative „*weiße Deutsche, Biografisch-Deutsche (Biodeutsche), Deutsche ohne Migrationshintergrund*“ oder „*Herkunftsdeutsche*“ empfohlen. Denn „*Einheimischer*“ für einen „*Deutschen ohne Migrationshintergrund*“ unterschlägt, dass „*viele Eingewanderte und ihre Kinder einheimisch sind,*“ so dass durch „*Einheimischer*“ eine unerwünschte „*Assoziation*“ des „*fremdländischen Migrant_innen*“ entstehen könne.

Da wird es skurril, denn die gebilligte Bezeichnung „*Migrationshintergrund*“ ist identisch mit dem Befund des „*fremdländischen Migranten*“, nachdem Eingewanderte nun mal aus einem fremden Land kommen. Ausgerechnet das moderne Stigma vom „*Migrationshintergrund*“ gilt als unproblematisch und wird empfohlen, ebenso wie der „*Bio-Deutsche*“, sofern „*Bio*“ für „*Biografisch*“ steht und nicht für „*Biologisch*“. Dass zwischen *verschiedenen* Sorten von Deutschen unterschieden wird, das kann der rassismuskritische Leitfaden schon nachvollziehen, es soll aber nicht abwertend gemeint sein, und da gilt ausgerechnet „*Migrationshintergrund*“ – immerhin eine Kategorie der Ahnenforschung – offenbar als sachlich-neutrale Beschreibung. Wie das? Dieses Paradoxon erschließt sich aus anderen sprachhygienischen Vorschlägen:

„*Farbige_r*“ etwa, ganz unbestimmt, das geht nicht als Bezeichnung, das farblich bestimmte „*Schwarze_r*“ hingegen schon. „*Farbig*“ auf englisch geht auch, nämlich in „*Person of Color*“, auch „*Afrodeutscher*“ oder „*Schwarzer Deutscher*“ sind in Ordnung. Warum das? Nun, der „*Farbige*“ gilt als „*Fremdbezeichnung*“ aus der „*Kolonialgeschichte*“, während das englische „*People of Color*“ „*eine Eigenbezeichnung von Menschen*“ ist, „*die von unterschiedlichen Formen von Rassismus in einer weißen Mehrheitsgesellschaft betroffen sind.*“ Aha.

Wenn das Rassismuskritik ist, was ist „Rassismus“?

Ein kleines Zwischenfazit auf Basis der Frage: *Wenn das Rassismuskritik ist, was ist dann „Rassismus“?* Nun, *Rassismus* ist also *Unhöflichkeit*, völlig grundlose und sogar fundamentale Unhöflichkeit! *Rassismus* ist ganz, ganz schlechtes Benehmen! Es handelt sich um völlig nichtige und nichtssagende Beschimpfungen und Beleidigungen, und das ausschließlich von *Privatpersonen* ohne politische Bezüge, denn die gegenwärtig-demokratische Sortierung von Menschen hat mit *Rassismus* nichts zu tun, weswegen der „*Migrationshintergrund*“ auch unbedenklich ist, sprachlich! Die Bezeichnung kommt schließlich nicht aus der *Kolonialgeschichte*. Einen politischen Grund oder Hintergrund für „*Rassismus*“, für dieses sinnlos schlechte Benehmen, so etwas kennt die Broschüre „*Sprache schafft Wirklichkeit*“ nicht, zumindest nicht in der Gegenwart. *Rassismus* hatte *früher* was mit Politik zu tun, während des *Kolonialismus*, und hat sich mit dem Ende des *Kolonialismus* erledigt. Das *heutige* schlechte Benehmen rührt also – in diesem rassismuskritischen Kontext – daher, dass manche heute überholte Bezeichnungen aus der *Kolonialgeschichte* tradiert wurden, weswegen eine Bereinigung des Wörterbuchs ansteht.

Die Welt steht konsequent auf dem Kopf: Das schöne Wort „*Bastard*“ ist eindeutig eine Beleidigung und genau so gemeint. Nach der ignoranten Meinung des Glossar aber sollte stattdessen die „*Herkunft der Eltern, falls diese Information relevant ist*“, „*konkret benannt*“ werden. Leute, bitte! Beim „*Bastard*“ geht es doch nicht darum, eine klärende Information nachzureichen! Das Glossar übergeht locker und lässig das Motiv und damit den Grund solcher Beschimpfungen, behandelt sie damit als irrelevant, als unerheblich – geht den Weg der Ignoranz zu Ende, mit folgender

Forderung: „Wörter, die als `abwertend` oder `beleidigend` gekennzeichnet sind, sollten nicht verwendet werden. Ein vollkommener Verzicht ... ist in jedem Fall angebracht, damit diese Wörter nicht weiter reproduziert werden.“ Die Wörter mögen nicht mehr reproduziert werden! Irre! Denn auch diese Wörter drücken sehr adäquat eine *Stellung* – abwertend bis feindlich womöglich –, zu den adressierten Individuen oder Kollektiven aus. Dass es Gegensätze, Konflikte und echte Feindschaften gibt, die in der modernen Welt allemal als moralische Diffamierung der Gegenseite daherkommen – davon hat diese Rassismuskritik offenbar nichts mitbekommen; eine *negative Stellung* zum jeweiligen Objekt der Aggression beruht aus dieser Sicht auf Unachtsamkeit beim Sprechen, und ließe sich leicht durch Sprachhygiene eliminieren.

Zusatzbemerkungen:

Zumindest wäre festzuhalten, dass einem, der als „Passdeutscher“ beleidigt wird, diese Bezeichnung scheißegal sein kann – sein bisheriges Problem mit der prekären Aufenthaltsbewilligung, das hat er immerhin hinter sich gelassen, und die schlechte Meinung ihm gegenüber, die ist als solche erst einmal gleichgültig. Die Sprache als solche schafft da gar nichts, schon gar keine Wirklichkeit. Falls daraus tatsächlich eine praktische, handfeste Schwierigkeit erwachsen sollte, dann kommt die nicht aus der Sprache, sondern aus den vielfältigen Über- und Unterordnungsverhältnissen, aus den Konkurrenzverhältnissen und Abhängigkeiten in der bürgerlichen Gesellschaft – Arbeitnehmer und Arbeitgeber, aus Mieter und Vermieter, Klient und Amtsperson, Lehrer und Bildungsbeflissener, aus missgünstigen Kollegen und neidischen Konkurrenten.

Zum Schluss meine abweichende Bestimmung von „Rassismus“: Rassismus als Weltanschauung ist die Vorstellung, es gäbe wertvolle und minderwertige Menschensorten, Kollektive, und das Individuum ist durch die Zugehörigkeit zu „seinem“ Kollektiv bestimmt, festgelegt – egal wie es sich selbst definiert. Diese Anschauung entstammt dem vollen, prallen und gegenwärtigen Staatsleben, indem die Opfer der vielen Sortierungen für ihre Lage verantwortlich gemacht werden, durch eine schlichte Umdrehung: Das, was aus Inländern, Gastarbeitern, Migranten und Flüchtlingen von Staats wegen gemacht wird, das entspricht ihnen, es wird ihnen gerecht, indem sie so behandelt werden, wie es ihrer Höher- oder Minderwertigkeit entspricht. Das ist die rassistische Sichtweise, und die provoziert sogar gröbere Differenzen zwischen Staatsführungen und rabiaten Bio-Patrioten, entlang der Frage, ob die Staaten den Unterschied zwischen den zu Recht privilegierten Einheimischen, und den nicht so wertvollen Auswärtigen auch richtig und konsequent exekutieren.

11. Januar 2022 (<https://cba.fro.at/536592>)

8. Worüber reden wir eigentlich?! Teil 2

Geht noch einmal um die kleine Broschüre „Sprache schafft Wirklichkeit“ als Anleitung für einen „rassismuskritischen Sprachgebrauch“, oder: „*Wenn das Rassismuskritik ist, was ist denn dann Rassismus?*“ Die Broschüre stammt von einem „Antidiskriminierungsbüro Köln“, ein link dazu findet sich wie üblich in der Mitschrift dieser Sendung auf cba.fro.at – Podcast „Kein Kommentar“. (<https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/download/antirassistische-sprache.pdf>)

Einleitend und als Antwort auf Anfragen noch einmal eine Zusammenfassung der patriotischen Vorbehalte gegenüber Einwanderern. Sehr geeignet ist eine kompakte Stellungnahme von Jörg Haider, und eine von J.F. Kennedy. Haider hat früher für manchen Skandal gesorgt und einiges Aufsehen erregt; die folgende Auskunft war

völlig unspektakulär und ist ohne große Resonanz geblieben, weil sie offenbar dem gesunden Patriotenverstand aus dem Herzen spricht. Angesprochen waren damals im Jahr 1990 – nach Auflösung des Ostblocks –, etliche Osteuropäer, die im Westen ihr Glück versuchen wollten:

„Und man muss ja auch ganz ehrlich sagen, es hat sich ja auch als richtig herausgestellt, dass es nicht immer die Besten sind, die zuerst von zu Hause weglaufen. Dadurch haben wir eine riesige Kriminalität in diesen Einwanderungsbereichen bekommen. ... Es gilt letztlich das sicherzustellen, was man auch unseren Eltern und Großeltern im Jahre 1945 nach dem Krieg gesagt hat. ... Nicht abhauen von Österreich heißt die Devise, sondern die Ärmel aufkrepeln, fleißig arbeiten und dieses Land aufbauen. Und sie haben dieses Österreich hervorragend aufgebaut, aber das gilt auch für die Osteuropäer: Nicht abhauen von daheim, sondern selbst fest arbeiten und das Land aufbauen ...“ (Wahlkampfrede 1990)

Die *moralische Minderwertigkeit* der Fremden war für Inländerfreund Haider eine Tatsache. Von zu Hause wegzugehen und im Ausland kriminell zu werden, das war für Haider eine schlüssige Laufbahn, weil das Fortgehen den *Charakter demaskiert*. Wer an sich denkt, wem seine Interessen wichtiger sind als der Dienst am Vaterland, der hat sich entlarvt. Sogar dann, wenn seiner Heimat der Export von unbenutztem Proletariat durchaus gelegen kommt, um wenigstens in den Genuss von Devisenüberweisungen zu gelangen. Ein wirklich anständiger Mensch geht mit und für die Heimat durch dick und dünn, macht unbeirrt alle guten und schlechten Zeiten mit, wie die Politik sie ihm beschert, in Krieg und Frieden, in der Demokratie und im Faschismus, er lernt nie etwas daraus, lässt sich von seinen Führern alles gefallen und wird dafür reich belohnt, durch viele Lobesworte. So, wie das leider die „Eltern und Großeltern“ gemacht haben. Der *ausländische* Proletarier macht auf den Fanatiker Haider den Eindruck des *vaterlandslosen Gesellen*, er gehört deswegen bei jeder Gelegenheit zu den „üblichen Verdächtigen“. Die Rechtschaffenheit der einheimischen Anständigen kommt – im patriotischen Weltbild – weniger aus dem Wissen um Polizei und Justiz, sondern aus dem Patriotismus, aus der Parteilichkeit für das nationale Kollektiv, weswegen der verwurzelte Bürger dessen Regeln und Normen, Sitten und Gesetze befolgt. Er sieht im übergeordneten Interesse *seines Gemeinwesens* auch die Schranken ein, die ihm gesetzt sind. Einem Ausländer, dem die nationale Parteinahme für das „Gastland“ abgeht, fehlt folglich dieses entscheidende Motiv, daher gilt bei ihm von vornherein die *Schuldvermutung* – der Anstand kommt aus dem *Nationalismus* und aus der Treue zur Heimat. Und die kommt aus der Zugehörigkeit zu dem als un- und vopolitisch gedachten Kollektiv. Das macht sowohl das Aushalten von „schweren Zeiten“ als auch das Aushalten der Beschränkungen durch Recht und Gesetz zur Ehrenpflicht! Das unterscheidet ein Staatsvolk von Minderheiten oder Zugewanderten oder Leuten, die *nur* an sich denken! Wenn Rechtsradikale „Wir sind das Volk!“ skandieren, dann meinen sie übrigens genau dieses: „Wir“ geben uns für alles her, machen alles mit, vorbildlich wie die „Eltern und Großeltern“ – und deswegen gehören „wir“ privilegiert. Wer diese edle Gesinnung dem „eigenen“ Volk gegenüber nicht aufbringt, sondern fortgeht, ist in der Fremde schon deswegen des Parasitentums verdächtig. Wer egoistisch ist, unwiderleglich bewiesen durch „weglaufen“ und „abhauen“, der wird leicht zum Verbrecher, denn alle ökonomischen Mechanismen und Momente der Lohnarbeit für Kapital zeitigen sachzwangartig das Ergebnis, *nicht* für sich zu schuften, *sondern* für Kapital und Staat – so wird eben „das Land“ aufgebaut, nicht der eigene Wohlstand. So geht der unglaublich schlüssige „Zusammenhang“ von „Ausländer“ und

„Ausländerkriminalität“, gegen den keine Statistik greifen kann, weil er aus der Wahnwelt von Patrioten stammt!

Der andere Spruch ist ein bejubelter Klassiker von Kennedy:

„Und deshalb, meine amerikanischen Mitbürger: Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt.“ (Antrittsrede 20. Jänner 1961)

Der Imperativ ist natürlich nicht so zu verstehen, dass sich die Mitbürger endlich mal darüber klar werden, worum es im amerikanischen Freiheitsstall überhaupt geht, um sich dann und auf dieser Basis zu überlegen, ob oder wie sie dabei mitmachen wollen. Umgekehrt: Sie sollen fest entschlossen für ihr Land antreten, egal wofür sie gebraucht werden, und wen sie dabei fragen sollen, ist auch klar. Kennedys Forderung möchte ein bestimmtes Echo hervorrufen, also: „Demokratisch gewählter Führer befiehlt, wir folgen!“. Jeder *Migrant* nun, der hat genau andersherum die verpönte, die ungehörige Frage gestellt, was sein Land für ihn tut, und ist zum Befund gekommen, erkennbar am „abhauen“, dass sein Land nichts taugt, für ihn. Daran ändert auch des schlechte Gewissen mancher Migranten nichts, und auch nicht eine emotionale Anhänglichkeit an die alte Heimat. Soviel als Nachtrag.

Einige andere Stichworte der rassismuskritischen Broschüre widmen sich den internationalen Beziehungen bzw. deren Resultaten. Vorher wieder eine kleine Erinnerung an das richtige Leben.

Eine eindeutige Hierarchie in der Staatenwelt ...

In ökonomischer Hinsicht gibt es eine eindeutige Hierarchie in der Staatenwelt, beginnend mit den G7 – die „führenden Weltwirtschaftsmächte“ (G8-Intermezzo vorbei), manchmal ausgedehnt auf G20 (mit sog. „Schwellenländern“). Dazu gibt es Verbände wie die OECD, das sind die sog. „entwickelten“ Länder, derzeit 38; dazu regionale Wirtschaftsbündnisse auf allen Kontinenten. Ganz unten angesiedelt sind: Ca. 40 „Highly Indebted Poor Countries“ (Hochverschuldete arme Ländern; HIPC) – das ist eine *offizielle Kategorie* der G7, der Weltbank und des IWF; diese HIPC sind 1999 – nach strengen Kriterien – in den Genuss eines „Schuldenerlasses“ gekommen: Schulden von zahlungsunfähigen Ländern, die also sowieso uneinbringlich waren, wurden umgebucht und teilweise gestrichen. Das war damals ein Bruch der bisherigen Praxis der Umschuldung und ewigen Prolongation im Umgang mit Pleite-Staaten. (Nähere Auskünfte sind erhältlich. Literatur vorhanden.) Einige dieser hochverschuldeten armen Länder haben den Einstieg in die endgültig allerletzte Kategorie in dieser Skala geschafft; das sind die sog. „failed states“, gescheiterte Staaten. Damit ist i.d.R. gemeint, dass da ein flächendeckendes Gewaltmonopol als zuverlässiger Ansprechpartner aller auswärtigen Interessen und Bedürfnisse nicht mehr existiert, und häufig auch keine *National-Ökonomie*, die diese Bezeichnung verdient, weil sie den Staat ernährt.

Auch zu diesen teils verheerenden Zuständen auf dem Globus hat die rezensierte Broschüre „Sprache schafft Wirklichkeit“ eine Meinung, ohne sich mit der Sache zu befassen, weil das Interesse eben der Sprache gilt. So wird die Bezeichnung „Dritte Welt“ *abgelehnt, als „abwertend“ und „generalisierend“; stattdessen möge man von „einer Welt“ sprechen oder ... bei einer „Zusammenfassung mehrerer Länder das gemeinsame Merkmal angeben“.*

Gern, das mit dem gemeinsamen Merkmal lässt sich machen. Die „Dritte Welt“, das war mal eine durchaus sachliche Charakterisierung. Die „erste“ Welt waren die westlichen Zentren des Imperialismus mit den USA an der Spitze, die „zweite“ Welt war das damalige „sozialistische“ Lager, und die „dritte“ Welt waren die früheren Kolonien, die nach dem Zweiten Weltkrieg in eine vom Westen sorgfältig überwachte

„nationale Unabhängigkeit“ entlassen wurden. Dass die Bezeichnung „Dritte Welt“ inzwischen eine sehr abwertende Konnotation hat, das liegt an den vielen Pleitestaaten und an den gescheiterten Staaten, die daraus geworden sind. Diese Karrieren wieder sind das Resultat der tatsächlichen „*Entwicklung*“, die diese Länder mit viel „*Hilfe*“ aus der Ersten Welt hinter sich gebracht haben, einer Entwicklung zu den Hinterhöfen des globalen Kapitalismus nämlich. Auch dazu hat die Broschüre „*Sprache schafft Wirklichkeit*“ eine eindeutige Meinung, ohne sich damit zu befassen. Es seien, man ahnt es schon,

die Bezeichnungen „Entwicklungshilfe“ und „Entwicklungspolitik“ abzulehnen, denn „der Glaube an Entwicklung und Fortschritt ist ein Konstrukt der europäischen Geistesgeschichte, welches bestimmte Länder auf eine untergeordnete Ebene stellt, ohne deren Weltsicht als gleichwertig anzuerkennen“. Deswegen sollte „Entwicklung“ weggelassen werden, und „nur von Hilfe, Politik und Zusammenarbeit in Hinblick auf konkrete Länder“ gesprochen werden.

Nun, es ist nicht die „europäische Geistesgeschichte“ bzw. ein daraus geborenes sprachliches Konstrukt namens „Entwicklung“, wodurch diese Länder auf eine sehr, sehr „untergeordnete Ebene“ gestellt werden – es ist schon die europäische Politik, die diese Länder für den Weltmarkt funktionalisiert hat. Denn auch diese Länder *mussten* sich seit Beginn ihrer Unabhängigkeit dem globalen Handel mit Waren und Kapital öffnen, bzw. durften sich in die Konkurrenz der Kapitalstandorte einklinken – und waren dem praktischen Vergleich mit den „entwickelten“ Nationalökonomien einfach nicht gewachsen.

Die „Hilfe“, welche die rassismuskritische Broschüre ausdrücklich gelten lassen will, sobald die „Entwicklung“ gestrichen ist, weil damit eine Rückständigkeit behauptet ist, jene „Hilfe“ also bestand und besteht aus *Krediten* und nicht aus Geschenken an die „Entwicklungsländer“, die man nicht mehr so nennen soll.

Ein kleiner sachlicher Einschub: Durch den Kredit wird das Recht der Kreditgeber, der Gläubiger auf *Schuldenbedienung* zum Sachzwang in diesen Ländern: Die dortigen Regierungen fördern aus nationalem Eigeninteresse, um nämlich durch Schuldenbedienung kreditwürdig zu bleiben, ökonomisch alles, was Devisen bringt; sie betrachten Grund und Boden und die Menschen im Land als mehr oder weniger brauchbare Ressourcen auswärtiger Investoren, und da hat sich über die Jahrzehnte die Lage eindeutig geklärt: Kommerziell brauchbar sind in sehr vielen Ländern in erster Linie Bodenschätze und landwirtschaftliche Produkte für den Export (cash crops), die Menschen als Arbeitskräfte eher wenig. Darum haben sie wenig zu beißen, heißen deswegen auch gern „*Überbevölkerung*“, und etliche von ihnen machen sich als Flüchtlinge auf den lebensgefährlichen Weg nach Norden. Aus welchem Interesse so eine „Hilfe“ stattfindet, das entdeckt die westliche Öffentlichkeit sofort, aber nur an anderen, an den Projekten „Made in China“ etwa. Da entdeckt man schon, dass „Hilfe“ per Kredit in die Schuldenfalle führt – dabei sind die „Seidenstraßen“ nichts anderes als Entwicklungshilfe auf chinesisch. Wie die westliche setzt auch diese „Hilfe“ auf das Eigeninteresse der Adressaten, weil das Bedürfnis nach „Entwicklung“ keineswegs etwas Fremdes, Aufgezwungenes ist. (Einschub Ende. Weitere Auskünfte zur Politischen Ökonomie der „Entwicklungsländer“ sind – auf Anfrage – erhältlich.)

Jedenfalls, aus rassismuskritischer Sicht ist die „Hilfe“ wieder einfach zu haben: einfach „Entwicklung“ streichen! Denn durch das Streichen von „Entwicklung“ wird das Odium der Rückständigkeit gestrichen, damit „die Weltsicht“ dieser Länder „als gleichwertig anerkannt“, und das wieder – wir erinnern uns: „Sprache schafft Wirklichkeit“ – ist ohnehin der springende Punkt, weil die neue Sprachregelung dieser „Weltsicht“ damit „Wirklichkeit“ verschaffen soll. Worin besteht sie denn nun,

diese nicht als „gleichwertig“ anerkannte „Weltsicht“? Das einzige Vorkommen der „Weltsicht“ derer, die nicht mehr unterentwickelt genannt werden sollen, das ist im Glossar das Stichwort „*Naturreligion*“. Auch diese Bezeichnung wird abgelehnt, weil sie „*auf der Theorie des Kulturrevolutionismus basiert*“ und die so „*bezeichneten Religionen abwertet*“. Stattdessen möge man die jeweilige „*konkrete Eigenbezeichnung verwenden. Wenn verschiedene Religionen zusammengefasst werden, sollten hierfür ausschlaggebende Aspekte benannt werden*“. Auch das ist leicht: Der Terminus „*Naturreligion*“ benennt nämlich den ausschlaggebenden Aspekt: Gesellschaften, in denen die Natur und ihre Gesetze weitgehend unerforscht und unerkannt sind, die erheben gern die Natur bzw. einige ihrer Elemente zum Gegenstand einer kultischen Verehrung, weil man sich die Natur bzw. ihre Bestandteile als beseelt vorstellt, womöglich von Göttern oder wenigstens von guten oder bösen Geistern bewohnt und beherrscht. Mit diesen Geistern muss sich der Mensch gut stellen, vielleicht sie auch durch Opfer beschwichtigen, weil er von ihnen abhängt. Deswegen waren diese Gesellschaften übrigens der Wucht der Kolonialmächte nicht gewachsen, von denen die Naturgesetze u.a. für die Konstruktion überlegener Waffen genutzt wurden ...

Ihrem bereits erwähnten Faible für den Kolonialismus folgt die Broschüre mit Sinn fürs Detail, und produziert dabei manche Realsatire. Es sollen etwa die Bezeichnungen „*Dschungel*“ und „*Busch*“ vermieden und durch die „*konkrete Bezeichnung der geografischen Vegetationszone z.B. Regenwald, Savanne, Steppe*“ ersetzt werden. Der *Regenwald* könnte sich abgewertet fühlen, wenn man *Dschungel* zu ihm sagt – darauf muss man doch erst mal kommen. Ebenso sollen die Bezeichnungen „*Tropenmedizin*“ und „*Tropenkrankheit*“ durch die „*konkrete Benennung der Krankheit*“ und des „*Medikaments*“ ersetzt werden. Warum das alles? Nun, wir ahnen es, das sind Bezeichnungen aus der „*Kolonialzeit*“. Auf das Wort „*Fetisch*“ muss man natürlich auch im „*Kontext von Religionen in ehemaligen Kolonien verzichten*“, es ist „*durch Kolonialisierung geprägt*“. Statt dessen bevorzugt: „*Reliquie, Heiligtum, Talisman, Glücksbringer, Amulett*“. Nun, solche Gegenstände – „*Talisman, Glücksbringer, Amulett*“ etc. –, die verdienen sich im Rahmen des jeweiligen Aberglaubens bekanntlich ihre Verehrung durch den Glauben der Gläubigen an übernatürliche Eigenschaften und Kräfte: Der Talisman soll seinem Träger *Macht* verleihen, ihn ev. beschützen. Die *Sprache* erfüllt ironischerweise die Bestimmung des „*Fetisch*“ in diesem rassistuskritischen Kontext: Sie hat die *Macht*, Wirklichkeit nicht nur zu *bequatschen*, sondern zu *schaffen* – natürlich nur im Gemüt derer, die daran glauben.

*

Einen sehr charakteristischen Erfolg dieser Sorte Rassistuskritik, zwar nicht in sprachlicher Hinsicht, meldet der Standard am 14. Jänner 2022 aus den Niederlanden: „*Niederländischer König lässt künftig goldene Kutsche wegen rassistischer Abbildung unbenutzt ... Traditionell fährt das Königspaar im September zur Eröffnung des Parlaments in der „Gouden Koets“, wie sie auf Niederländisch heißt. Doch nun wird sie noch länger ins Museum verbannt. Denn um die Kutsche ist bereits seit langem ein Streit entbrannt. Die einen sehen sie als Symbol der Monarchie, die anderen einen Gegenstand des Rassismus und der Unterdrückung. Denn an einer Seitenwand der Kutsche findet sich das Werk „Huldigung der Kolonien“ ... Es zeigt, „wie die Niederlande den Kolonien das Geschenk der „Zivilisation“ brachten. Zu sehen sind mehrere schwarze und asiatische Menschen, die einer weißen Frau – den Niederlanden – Geschenke wie Kakao und Zuckerrohr darbieten.“ (Standard 14.01.2022)*

Ehrlich verdiente Geschenke für die Gabe der Zivilisation ... Der niederländische König jedenfalls ist voll auf der Höhe der Zivilisation, der gegenwärtigen nämlich. „Solange es in den Niederlanden Menschen gibt, die täglich den Schmerz der Diskriminierung spüren, wird die Vergangenheit ihren Schatten über unsere Zeit legen“, sagte der Monarch. ... „Die goldene Kutsche wird erst dann wieder fahren können, wenn die Niederlande dafür reif sind. Und das ist jetzt noch nicht der Fall.““

Wenn heutzutage jemand den „Schmerz der Diskriminierung“ spürt, was spürt er? – Die „Schatten der Vergangenheit“ natürlich. Denn nach dem selbstgefälligen, selbstgerechten Bild der Demokratie von sich selbst hat Rassismus bekanntlich nichts mit der heutigen Zivilisation zu tun!

Abschließend also die Erinnerung: Auch in den Niederlanden gibt es die Vorstellungen einer original niederländischen Menschensorte, analog zu den Bio-Deutschen oder den Wurzel-Österreichern, die sich durch Eigenschaften wie Sprache, Religion (vorzugsweise christlich), durch eine eigene Leit-Kultur und spezielle Werte, vielleicht sogar durch das Aussehen von Zuwanderern unterscheiden, und zwar positiv, in einem höherwertigen Sinn. In der Schweiz kennt man übrigens die naheliegende Bezeichnung „Eidgenossen“, im Unterschied zu Newcomern mit „bloß“ einem Schweizer Pass. Die allgemein anerkannten Kategorien des heutigen Rassismus sind etwa der „Migrationshintergrund“ – nach wie vielen Generationen wird man den eigentlich los? –, und die „Parallelgesellschaft“ andersartiger Menschen, die „wir“ vom *Staatsvolk* bekanntlich nicht haben wollen. Die heutige „aufgeklärte“ „multikulturelle“ Gegenposition, die sich für „Toleranz“ stark macht und die vermutlich auch der König der Holländer im Schlaf beherrscht, die reproduziert auf ihre Weise die Differenz von höher- bzw. minderwertig: „Toleranz“ steht bekanntlich für das *hinnehmende Dulden* eigentlich abgelehnter Überzeugungen und Sitten. Der Staat, die Gesellschaft, „wir alle“ – mögen etwas hinnehmen, obwohl wir es im Grunde genommen nicht leiden können. Das mit „Toleranz“ konnotierte „obwohl“ und „trotzdem“ – das *dennoch* akzeptieren! – ist also schon die Abwertung! Oder hat man je die Forderung vernommen, man möge doch gegenüber schönen, angenehmen, nützlichen, allseits geschätzten Phänomenen – *tolerant* sein? Sie dennoch hinnehmen? Eben.

18. Januar 2022 (<https://cba.fro.at/537583>)
